

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294.

Montag, den 16. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Fort mit Kiautschou!

Der Begründer der chinesischen Republik, Dr. Sunyatsen, hat jüngst in einer Unterhaltung mit einem Berliner Journalisten in Schanghai eine Anregung gegeben, die alle Beachtung verdient. Er hat den in China schon mehrfach aufgetauchten Wünschen nach Wiedererwerb des auf 99 Jahre „verpachteten“ Gebiets von Kiautschou Ausdruck gegeben und hat betont, daß es beiden Teilen große Vorteile bringen würde, wenn Deutschland den Wünschen Chinas entgegenkommen wollte. Alle Ausgaben, welche Deutschland für dies Pachtgebiet gemacht hat, sollten in jeder gewünschten Form, auch in bar, erjekt werden. Sodann würde man Deutschland in China den ersten Platz sichern und würde ihm bei allen in Vergabung kommenden Lieferungen an technischem Material, an Bauten usw. den Vorzug geben. Ueberhaupt würde sich China für die Rückgabe dieses „vorbildlich angelegten Platzes“ sehr dankbar erweisen, und es könnte sich durchaus ein für beide Teile sehr vorteilhaftes Freundschaftsverhältnis entwickeln.

Wenn Dr. Sunyatsen, der uns sonst eine recht achtungswürdige Persönlichkeit ist, das „Drecknest“ Kiautschou als „vorbildlich“ betrachtet, so ist das keine Privatangelegenheit und gehört wohl zu der Eigenart des chinesischen Geschmacks. Wir können begreifen, daß ihm gegenüber der tausendjährigen Bewahrung chinesischer Rester die auf Reichskosten hergestellten Anlagen in Kiautschou vortrefflich und vorbildlich erscheinen mögen. Aber sein Vorschlag erscheint uns unter allen Umständen nicht nur erwägenswert, sondern auch annehmbar. Die Erwartungen, die man an diese Kolonie geknüpft hat, haben sich in keiner Weise erfüllt. Dagegen hat uns Kiautschou viele Millionen gekostet und kostet uns immer noch weitere. Ein „Platz an der Sonne“, wie einst Bernhard von Bülow diesen Flecken Landes mit ungeheurer Uebertreibung nannte, ist uns Kiautschou nie geworden; im Gegenteil klingt dies so viel variierte Kanzlerwort heute wie eine traurige Ironie. Kiautschou hat uns schon Gefahren gebracht, die unter Umständen hätten zu kriegerischen Verwicklungen führen können. Das war zu den Zeiten des russisch-japanischen Krieges, als die baltische Flotte Rußlands dort eine Zuflucht suchen wollte. Die Gefahr ging vorüber, aber sie könnte sich wiederholen.

Inzwischen ist die gesamte Situation in Ostasien eine andere geworden. Kiautschou wurde „gepachtet“, als die europäischen Mächte das alte Reich der Mitte als eine wehrlose Beute und als zur Aufteilung reif betrachteten. Die russische Diplomatie, die damals Deutschland im Schlepptau hatte, erklärte bekanntlich die Unversehrtheit Chinas für die übrigen Mächte, nahm für sich aber dreist die Mandchurei weg, was zum Kriege mit Japan führte. Die furchtbare Niederlage Rußlands in diesem Kriege führte jenes „Erwachen Asiens“ herbei, das heute so große Wirkungen nach sich zieht. Zu diesen gehört auch die Begründung einer chinesischen Republik, die man noch vor kurzer Zeit für eines der lächerlichsten Hirngespinnste gehalten hätte. Sie scheint sich aber zu behaupten und wird sich in diesem Falle zu einem Gemeinwesen von gewaltigster Machtfülle entwickeln. Gelingt es, entsprechende Reformen durchzusetzen, dann werden die Mächte den Gedanken einer Aufteilung endgültig aufgeben; vorläufig ist dies schon geschehen. Die „Pachtung“ von Kiautschou hatte aber nur einen Sinn, wenn die Aufteilung Chinas dabei in Betracht gezogen wurde.

Nach der Begründung der chinesischen Republik, zu deren Lebensbedingungen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Chinas gehört, hat aber der angebliche „Platz an der Sonne“ auch jeden Sinn und Wert für diejenigen verloren, die bisher mit der „Pachtung“ einverstanden waren und imperialistische Hoffnungen auf dieselbe setzten.

Was nun Sunyatsen für die Rückgabe von Kiautschou bieten will, das übersteigt auch die ausschweifendsten Hoffnungen, die an diese zweifelhaften und kostspielige Erwerbung geknüpft worden sind. Deutschland soll allen anderen Nationen in China vorgezogen und es sollen ihm alle die wirtschaftlichen Vorteile geboten werden, die sich aus einem solchen Verhältnis nur folgern lassen. Und das alles ohne Krieg, ohne einen Tropfen Blut auf dem Wege friedlicher Abmachung! Wird man zu greifen?

Manchem wird diese Frage überflüssig erscheinen. Aber sie ist es nicht.

Sunyatsen hat zu all den günstigen Bedingungen, die er in Aussicht gestellt, noch die weitere Konzession

hingefügt: die volle Rückgabe brauche nicht gleich zu erfolgen, sondern vielleicht erst in fünfzehn oder auch erst in zwanzig Jahren. Das Blatt, welches die Unterredung mitteilte, bemerkt dazu, es ist nicht ohne eine Rede sein. Nun ist die Meinung dieses Blattes eben auch nur eine Meinung, aber wir glauben, daß damit auch leider die Meinung der politisch einflussreichsten Kreise ausgesprochen ist.

Man könnte sich darauf berufen, daß auch ostafrikanisches Gebiet an England gegen die Insel Helgoland abgetreten worden ist. Aber da wird die Antwort lauten, das sei „etwas ganz anderes“ gewesen.

Aus dem abgetretenen ostafrikanischen Gebiet hätte man eben nur eine Kolonie machen können, ähnlich denen, wie man sie in Afrika schon hat; an den Häfen von Kiautschou knüpft man aber immer noch allerlei phantastische Hoffnungen. Ein deutscher Hafen im chinesischen Meer! Was eröffnen sich da nicht für Aussichten für einen von echtem imperialistischen Geist erfüllten Mitdeutschen!

Diese Kreise glauben zweifellos, das deutsche „Prestige“ werde geschädigt, wenn man den „gepachteten“ Hafen wieder aufgeben. Sie werden darauf verweisen, daß man für die an England abgetretenen Landstriche die ursprünglich zu Deutschland gehörige Insel Helgoland erhalten habe, was geeignet gewesen sei, das deutsche „Prestige“ zu verstärken. Nun, es wäre wirklich traurig, wenn das „Prestige“ eines Reiches mit 66 Millionen Einwohner von dem Besitze des „Drecknestes“ Kiautschou abhängig wäre. Wir erinnern daran, daß Preußen im siebzehnten Jahrhundert eine Kolonie an der Westküste von Afrika gründete, auf welchen Landerwerb anfangs auch große Hoffnungen gesetzt wurden. Aber diese erfüllten sich nicht und die Kolonie wurde ein Ballast, wie es Kiautschou heute auch ist. Schließlich wurde die Kolonie verkauft und man war froh, sie los zu werden. Aber kein Geschichtsschreiber wird jemals es wagen, die lächerliche Behauptung aufzustellen, daß Preußens „Prestige“ durch den Verkauf dieser Kolonie gelitten habe.

Vielleicht ist es gut, wenn im Reichstage eine Anregung gegeben wird, daß man dem Vorschlage des Dr. Sunyatsen entgegenkommen möge. Wir werden dann ja hören, was die Mehrheit des Reichstages und die Regierung davon denken. Wir glauben zwar nicht, daß die Regierungskreise von dem Vorschlag Sunyatsens erbaut sein werden, aber die Aussicht, daß hier ein gutes Geschäft gemacht werden kann, würde doch möglicherweise eine Bewegung, wenn man so sagen darf, für die Rückgabe Kiautschous hervorrufen. Die Ausgaben für diese Kolonie sind dem deutschen Volke immer am überflüssigsten erschienen, und es hat oft tiefe Mißstimmung darüber geherrscht, daß die mühsam aufgetragenen Steuergroschen für diese zwecklose Unternehmung hingegeben wurden, während es im Inlande an dem Nötigsten gefehlt hat.

Politische Rundschau

Deutschland.

Keine Zeit zum Arbeitswilligenschuß.

Die sächsischen Konservativen hatten seinerzeit im Landtag den Antrag gestellt, die Regierung möge sich um ein Arbeitswilligenschuß-Gesetz bemühen. Zur Begründung des Antrags war allerhand höchst zweifelhaftes Material vorgebracht worden und als unsere Genossen detaillierte Angaben und amtliches Material verlangten, weigerte sich die Regierung, diesem Ersuchen nachzukommen. Die Scharfmacher versteckten sich hinter die faule Ausrede, die Angeber rühten vor der „Rache der organisierten Arbeiter“ geschützt werden. Es ist nicht verwunderlich, daß unter solchen Umständen die Beratung der Scharfmacheranträge bald stecken blieb; jetzt am Schlusse des Landtags mußte man anstandshalber die Erledigung der Anträge versuchen, da die Geschäftstages die nötige Zeit nicht mehr bietet. Die Anträge sind jetzt hinfällig und müssen, falls die Scharfmacher die Lust dazu nicht verlieren, im nächsten Landtag neu eingebracht werden.

Einfältige Drohung.

Wie die „Kreuzzeitung“ erfahren haben will, dürfte die Reichsregierung an dem Grundsatz festhalten, daß die um 8 Millionen Mark zu erhöhenden Mittel für die Veteranen nur dann angefordert werden können, wenn eine Deckung dafür vorhanden ist. Dementsprechend sei damit zu rechnen, daß auf die Einbringung der Vorlage verzichtet werde, wenn das Petroleum-Monopol abgelehnt werden sollte.

Daß gerade bei dieser Forderung das Reichsfinanzamt an dem Grundsatz: Keine Ausgabe ohne Deckung, festhalten will, ist geradezu blutiger Hohn. Die Sozialdemokraten werden bei der Beratung des Militäretats

zeigen, wie diese acht Millionen Mark, die für die Veteranen nötig sind, aufgebracht werden können auch ohne Petroleum-Monopol und zwar einfach dadurch, daß beim Militäretat entsprechende Abstriche gemacht werden. Wenn also die Veteranen nichts bekommen sollten, dann liegt die Schuld an der Regierung und an den bürgerlichen Parteien.

Religiös gerüstet auf den Krieg!

Eine scharf gehaltene Epistel hält Professor Rade-Marburg seinen christlichen Glaubensgenossen in Nr. 50 der „Christlichen Welt“ vom 12. Dezember. Er nimmt die internationale Friedensdemonstration in Basel zum Thema seiner Besprechung und bemerkt dazu:

„... Wenn es richtig stünde, hätte jene Demonstration, diesen Kongreß, die christliche Kirche veranstaltet. Wenn wir eine christliche Kirche, eine organisierte Christenheit hätten... In manchen Kreisen ist eine Sache schon dann diskreditiert, wenn die Sozialdemokratie sich ihrer annimmt. Da diese Kreise in den meisten Staaten herrschend sind, haben die Staaten den Nachteil davon. Insbesondere bei uns: wieviel Orientierung des politischen Lebens an der Sozialdemokratie! Man soll ruhig auch von den Sozialdemokraten lernen und das Gute nehmen, das man bei ihnen findet, in welchen Formen, in welchem Zusammenhang auch immer. Fällt das den Juristen und Regenten im Staate schwer, so sollten es die Christen in den Kirchen umso unbefangener tun. Dem internationalen Sozialistenkongreß ist in Basel das Münster geöffnet worden und die Geistlichkeit der Stadt hat, wie man las, fast vollständig den Verhandlungen beigewohnt. Ich empfinde das wie eine Ehrenrettung der Kirche, ob auch eine noch so bescheidene. Im Deutschen Reiche sind die Predigten schon so gut wie fertig, die im Falle der Mobilmachung von allen Kanzeln werden gehalten werden. Man ist prinzipiell, religiös gerüstet auf den Krieg. Die Buß- und Bet-Gottesdienste, die mit Ausbruch des Krieges überall stattfinden werden, sind bei den Kirchenregimentern vorgesehen und die Ordre dazu wird so pünktlich ausgehen, wie die Befehle zur Mobilmachung. Inzwischen schleicht die Bitte um Frieden im allgemeinen Kirchengebet leise dahin, und nur hier und da läßt ein Pfarrer auch in der Predigt diesen Ton anklingen. Aber die Christenheit von heute soll die Sorge für den Frieden nicht bloß den Sozialdemokraten überlassen. So leicht soll man auf seine Erstgeburt nicht verzichten. Wenn Offiziere in solcher Zeit ihr Schwert schärfen, so ist das ihre Pflicht... Genossen der christlichen Kirche aber sollen in solcher Zeit ernst vom Frieden reden und für ihn arbeiten, oder sie sollen sich vor den Genossen der Sozialdemokratie schämen... So gut wie die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder müßten auch die christlichen Organisationen der verschiedenen Länder wider einen trivialen Krieg rechtzeitig ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Wenn es wäre, wie es sein sollte!“

Professor Rade wird, wie die wenigen Männer der Kirche, die anerkennende Worte für die sozialistische Friedensdemonstration in Basel fanden, ein Prediger in der Wüste bleiben; denn die christliche Kirche ist und bleibt die Schleppenträgerin des Kapitalismus, aus dem die Kriegsrüstungen und die Kriegsgefahr entstehen.

Reichs-Theatergesetz.

Wie der Staatssekretär des Innern im Reichstage bereits angekündigt hat, ist der Entwurf eines Reichs-Theatergesetzes den beteiligten Berufsverbänden nunmehr zugegangen, um diesen Gelegenheit zu geben, bei der Anfang Januar im Reichsamte des Innern stattfindenden Besprechung zu den einzelnen Bestimmungen Stellung nehmen zu können. Das neue Gesetz stellt zunächst die Erfordernisse für die Erteilung der Konzessionen fest. In der Hauptsache beschäftigt sich der Entwurf mit den Engagementsverträgen. Zu den Bühnengliedern werden künftig auch die Orchestermitglieder gerechnet. Die Verträge müssen schriftlich ausgestellt werden. Ein Verzicht auf dieses Recht ist nicht zulässig. Der Probemonat wird beseitigt. Verträge unter aufhebender oder auflösender Bedingung sind künftig nicht mehr zulässig. Nur bei Verträgen, die auf eine Dauer von mehreren Jahren abgeschlossen werden, ist eine vorzeitige Aufhebung des Vertrages am Ende der ersten Spielzeit, aber auch nur nach vorheriger zwei monatiger Kündigung, gestattet. Die Vorproben, die bisher meist unentgeltlich verlangt wurden, sind künftig mit der halbtägigen Gage oder dem halben Spielhonorar zu entschädigen. Proben nach den Abendaufführungen sind verboten, ebenso Proben während des

Hauptgottesdienstes an Sonn- und Feiertagen. Bei unerschuldetem Unglück und Krankheit behält das Bühnenmitglied Anspruch auf Gehalt bis zu 6 Wochen, bei Verträgen, die auf unbestimmte Zeit oder mindestens auf 5 Jahre lauten. Der Anspruch reduziert sich auf vier Wochen, wenn der Vertrag sich nur auf die Zeit von einem bis zu fünf Monaten erstreckt. Die Kostfrage ist in der Weise gelöst, daß der Direktor alle Kleider liefern muß mit Ausnahme derjenigen, die außerhalb der Bühne getragen werden können. Geldstrafen dürfen im Verträge vorgesehen werden, sie dürfen aber nur verhängt werden bis zur Höhe einer halben Monatsgage und zusammengekommen in der ganzen Spielzeit den Betrag von einer Monatsgage nicht übersteigen. Die Geldstrafen dürfen nur zum Besten der Mitglieder oder zu wohltätigen Zwecken des Bühnenwesens verwendet werden.

Tagegelde für Schöffen und Geschworene.

Zu dem an den Bundesrat gelangten Antrag auf Gewährung von Tagegeldern an Schöffen und Geschworene wird halbamtlich mitgeteilt, daß ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt sei. Zunächst dürfte eine nähere Berechnung des Betrages, der hierfür erforderlich wäre, und ein Vorschlag des Reichsfinanzamtes über die Deckung dieser neuen Ausgabe abgewartet werden. Da es sich um eine recht beträchtliche Summe handeln dürfte, wird man voraussichtlich diese vom Reichstage wiederholt mit steigenden Mehrheiten verlangte Neuerung erst bei der bevorstehenden Umgestaltung der Strafprozeßordnung einführen.

Trifft das zu, dann wird allerdings noch geraume Zeit vergehen, bis diese Tagegelde bewilligt werden, denn die neue Strafprozeßordnung soll dem jetzigen Reichstage überhaupt nicht mehr vorgelegt werden.

Das fällige Dementi.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die in mehreren Blättern verbreiteten Gerüchte über Differenzen, die wegen militärischer Forderungen zwischen dem Kriegsminister und dem Reichsfinanzsekretär entstanden sein und sogar zu einem scharfen Briefwechsel geführt haben sollen, entbehren gutem Vernehmen nach jeder Begründung.

Dieses Dementi war vorauszusehen. Welche Nebenabsichten die „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ und die ihr nachgeordnete „Post“ mit ihrer Nachricht im Auge hatten, dürfte wohl bald klar werden. Warnnachrichten dieser Blätter muß man stets unter dem Gesichtswinkel betrachten: wer mag auf diesem Wege wieder verdienen wollen?

Kein Zuchthausgesetz.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ läßt sich aus Berlin melden: „Vor einigen Monaten hatte der „Tägl. Rundschau“ zufolge eine jüdische Regierung vertrauliche Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern gepflogen, die die Einbringung eines Arbeitswilligen-Gesetzes zum Gegenstand hatte. Die Verhandlungen haben aber zu keinem Ergebnis geführt, da das Reichsamt des Innern vorerst noch auf dem Standpunkt steht, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bei energischer Handhabung ausreichen, um Mißständen mit Nachdruck entgegenzutreten.“ Eine weitere Verfolgung der Frage im Bundesrat dürfte daher auf weiteres unterbleiben.“

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Meldung richtig ist. Die Regierung wird sich nicht unnötig heftige Kämpfe schaffen wollen, die ihr in der jetzigen Lage doppelt unangenehm sein würden. Aber um deswillen ist noch nicht mit einem völligen Aufgeben der Scharfmacherpläne zu rechnen. Wenn nicht früher, so wird sicher bei der Strafgesetzsreform der Versuch gemacht werden. Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiterschaft sowohl hinsichtlich der politischen wie der wirtschaftlichen Kämpfe einzuführen.

Beihilfen und Militärleistungen.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfahren haben will, bezieht bei maßgebenden militärischen Stellen die Absicht, dem Reichstag einen Nachtragsetat zugehen zu lassen. In erster Linie sollen die Mittel für den Ausbau der Luftflotte angefordert werden, und diese Mittel werden als ziemlich erheblich bezeichnet. Außerdem strebt man die Erhöhung des Bespannungsetats der Feldartillerie an und als nicht unwahrscheinlich wird es bezeichnet, daß auch Mittel für die Aufstellung besonderer Kavallerie-Divisionen verlangt werden. Ehe aber dieser Nachtragsetat eingebracht wird, soll erst die Beihilfenvorlage erledigt werden. — Das heißt also, der Antrag der Beihilfen, über deren Gestaltung bisher bestimmte Angaben noch fehlen, soll für militärische Zwecke verwendet werden. Diese Beihilfen waren allerdings zunächst bestimmt, die Herabsetzung der Zuckersteuer zu ermöglichen. Man rechnete aber offenbar damit, daß der Reichstag in seiner kurrpatriotischen Stimmung von der Ermäßigung der Zuckersteuer absehen und sich bereit erklären wird, auch die neuen Einrichtungen reiflos dem Meloch Militarismus zu opfern.

Die Remonten werden teurer.

Die Agrarier dürfen keine Gelegenheit vorbegehen lassen, auf den Vorteil ihrer eigenen Sache bedacht zu sein. Eine Versammlung ostpreussischer Remontenzüchter hat an den Kriegsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie beantragt, den Kaufpreis für Remonten auf mindestens 1300 Mk. zu erhöhen. Bisher hat das Reich für Remonten durchschnittlich 1065 Mk. bezahlt. Um den notleidenden Agrariern etwas unter die Arme zu helfen, sind bereits in den vorjährigen Etat 75 000 Mk. mehr für den Ankauf von Remonten eingelegt worden. Damit waren die Agrarier aber noch immer nicht zufrieden; sie verlangen jetzt, daß ihnen geradezu Phantomspreise für ihre Pferde gezahlt werden müssen. Selbstverständlich wird auch hier wieder das patriotische Interesse in den Vordergrund gehoben, und es unterliegt für uns gar keinem Zweifel, daß die Agrarier bereit sind, ihre Pferde lieber an das Ausland zu verkaufen, als sie zum jetzigen Preise an die Militärverwaltung abzugeben. Der Patriotismus der Agrarier, der sich nie durch besondere Selbstbarkeit auszeichnet hat, erdet unter solchen Umständen dort, wo das Selbstinteresse anfängt.

Der Wahlrechtsraub in Neuf a. L.

Die Wahlrechtskommission des reußischen Landtags, der die Vorberatung der Wahlrechtsvorlage zugewiesen wurde, hat dem Pluralwahlsystem zugestimmt. Es ist kaum mehr ein Zweifel daran möglich, daß sich auch im Plenum des Landtages eine Mehrheit für die Entrechtung der Arbeiterklasse finden wird.

Zur Vernichtung der Sparere

teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit: „Aus einigen Gegenden wird berichtet, daß Sparkassenguthaben abgehoben wurden, weil die Auffassung bestand, daß im Falle eines Krieges die Sparkassen geschlossen würden und die Einlagen für Kriegszwecke verwendet würden. Durch diese Auffassung soll sich mancher Sparere auch bestimmen lassen, keine Neueinlagen zu machen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß es sich hier um ganz irrtümliche Vorstellungen handelt. Sparkassengelder sind in Kriegszeiten so wenig wie im Frieden der Reichsfinanzverwaltung von Staats wegen ausgezahlt, und dürfen in jedem Falle als sichere Anlage gelten. Zu einer Zurückziehung der Spargelder liegt also auch für ängstliche Leute nicht der geringste Grund vor.“

Unerschütterlich.

Die „Post“ nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß eine neue Militärvorlage in Vorbereitung sei. Das Unternehmerblatt ist natürlich durch diese Nachricht noch keineswegs zufriedengestellt, sondern bemerkt:

„Wir freuen uns, daß man sich an maßgebender Stelle von der Notwendigkeit dieser ergänzenden Rüstungsmaßnahmen nun endlich überzeugt hat, deren Bewilligung durch den Reichstag schon heute so gut wie außer Zweifel steht. Wenn deshalb im Augenblick eine Frage offen bleibt, so ist es die: Wann denn nun angesichts der englischen Mehrrüstungen auch das bereits bewilligte dritte Schlachtschiff auf Stapel gelegt werden soll!“

Weber die „Post“, noch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die unausgesetzt zu neuen Rüstungen heizen, haben bisher auch nur ein Wort darüber verlauten lassen, wie die Mittel für die Beschleunigung der Rüstungen aufgebracht werden sollen. Gerade die Kreise, die hinter diesen beiden Blättern stehen, und die als außerordentlich zahlungsfähig bekannt sind, haben es bisher immer verstanden, sich nach Möglichkeit von den Steuerleistungen zu drücken.

Blut-Schnüdel.

Zwischen Nationalliberalen und Konservativen sind zweifellos Bestrebungen vorhanden, die auf eine Wiederherstellung des Bismarckblocks hinarbeiten. Herr Dr. Dertel von der „Deutschen Tages-Zeitung“ scheint sich dabei als „ehrlischer Makler“ betätigen zu wollen, denn er gibt in seinem Blatte die Bedingungen an, die unter allen Umständen erfüllt werden müßten. Dem neuen Block wird der Name „Arbeits-Gemeinschaft“ beigelegt. Die Bedingungen, die Herr Dr. Dertel fiktiviert, sind die folgenden: Zunächst darf das Zentrum unter keinen Umständen ausgeschlossen werden; schon deshalb nicht, weil die rechtsstehenden Parteien mit den Nationalliberalen allein die Mehrheit im Reichstage nicht bilden können. Ohne das Zentrum ist aber irgend welche Politik im Reichstage nicht zu machen. Die zweite Bedingung wäre die, daß die Nationalliberalen von den Fortschrittler ein wenig mehr abrücken müssen. Diese Bedingung würde nur dann fallen gelassen werden können, wenn auch die Fortschrittler geneigt wären, einer solchen „Arbeits-Gemeinschaft“ beizutreten. Dann müßten die Nationalliberalen darauf verzichten, in die inneren Verhältnisse der rechtsstehenden Parteien hineinzureden, insbesondere dürften sie keinen Unterschied konstruieren zwischen gemäßigten Konservativen und Ueber-Altariern. Wenn diese „Arbeitsgemeinschaft“ möglich werden sollte, so muß die konservative Partei genommen werden, wie sie ist. Wenn diese drei Bedingungen erfüllt werden, dann ist nach Ansicht des Herrn Dr. Dertel ein engerer Zusammenschluß möglich. Soll aber diese „Arbeitsgemeinschaft“ wirksam und erfolgreich sein, dann müssen, so führt Herr Dertel weiter aus, den Parteien gewisse gemeinsame Aufgaben gestellt werden. Als solche gemeinsamen Aufgaben werden bezeichnet eine großzügige Mittelstandspolitik und der entschlossene und scharfe Kampf gegen die Sozialdemokratie. Eine Arbeitsgemeinschaft ohne klare Frontstellung gegen die Sozialdemokratie wäre zur Untätigkeit oder doch zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die erste Probe, ob ein Zusammenarbeiten möglich ist, werde gemacht werden bei der Beratung der zu erwartenden Beihilfenvorlage. Wenn die Regierung die Ausdehnung der Erbschaftsteuer in irgendwelcher Form wieder vorschlagen sollte, so werde dem Gedanken der Annäherung und der Arbeitsgemeinschaft sofort der Hals gebrochen. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ verlangt, daß die Regierung das in den Kreis ihrer Berechnungen ziehen müsse. Den Nationalliberalen wird dann zugeredet, daß sie an der Erbschaftsteuer nicht festhalten brauchten, weil sie in ihrem Beihilfenantrage im allgemeinen eine Beihilfensteuer und nicht eine besondere Form dieser Beihilfensteuer gefordert haben.

Die Agrarier versuchen auf diese Weise die Einbringung einer neuen Erbschaftsteuervorlage zu hintertreiben, und bei der Haltung der Nationalliberalen ist es keineswegs ausgeschlossen, daß diese, des Kampfes müde, klein beigeben werden. Ueber diese Arbeitsgemeinschaft soll dann die Regierung zunächst schweigend ihre Hände erheben, sie soll große Ziele setzen und nationale Aufgaben stellen, dann hofft man, daß Konservative, Zentrum und Nationalliberale eine Politik der Tat treiben können. Wenn die Regierung die Hand nicht dazu hieven werde und wenn sie nicht entschlossen sei, die Richtung anzugeben, dann kommen wir, so verkündet Herr Dr. Dertel, aus dem „Fortwurseln“ nicht heraus. Um die Frage des Scheiterns, die ja momentan die ganze Aufmerksamkeit des Zentrums in Anspruch nimmt, drückt sich Herr Dertel herum; er geht mit keinem Wort auf die so überaus kühne Frage ein, und doch steht die Haltung der Nationalliberalen zur Scheiternsfrage vorerst weniger eines Zusammenschlusses mit dem Zentrum noch im Wege. Wenn die Regierung aber in dieser Frage nachgibt, dann wird sie ganz gewiß

den Segen der Konservativen haben, und vielleicht lassen dann, erst einmal vor eine vollendete Tatsache gestellt, auch die Nationalliberalen mit sich reden. So viel steht aber jedenfalls fest, der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien im Reichstage kann nur mehr eine Frage der Zeit sein.

Balkan.

Zu Kampfe zwischen Griechen und Türken haben letztere jetzt bei Janina nach dreitägigem Kampfe einen Sieg errungen. — Bei Skutari wollen die Türken den Waffenstillstand nicht anerkennen und kämpfen weiter.

In Saloniki ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Griechen und Bulgaren gekommen. Die griechischen Behörden ordneten die Suspendierung des Blattes „Bulgaria“ wegen tendenziöser, griechenfeindlicher Artikel an. Die bulgarische Wache widersetzte sich dem Eingreifen der Griechen, worauf die Griechen eine starke Truppenabteilung und zahlreiche Gendarmen heranzogen. Daraufhin erschien auch eine starke bulgarische Truppenabteilung am Blage. Die Griechen besetzten die Straße vor der Druckerei bis zur Ecke des Gebäudes der Ottomanischen Bank. Griechen und Bulgaren standen sich mit aufgefanztem Bajonett gegenüber. Die Angelegenheit wurde dann durch das Einschreiten höherer Behörden beigelegt. Die Truppen zogen sich zurück. Die Bevölkerung verfolgte den Vorgang mit ängstlicher Spannung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 16. Dezember.

Das geplante Ausnahmengesetz gegen den Lübecker Konsumverein und die Lübecker Warenhäuser ist, wie bereits berichtet, am Mittwoch vom Bürgerausschuß einer Kommission zur Vorprüfung überwiesen worden. Von der bürgerlichen Presse wird bisher mit keinem Wort zu diesem gemeingefährlichen Attentat auf die Taschen weiter mündlicher in teiler Volkskreise Lübecks Stellung genommen; eben, daß von der Tatsache selbst Notiz genommen wird. Das entspricht durchaus dem volksfeindlichen Charakter dieser Blätter. Dagegen widmet Genosse Kasch in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ der geplanten Besteuerung der Sparvereine der Konsumvereinsmitglieder einen längeren Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Die „Begründung“ der Besteuerung der Konsumvereine ist so unbedeutend und unlogisch wie nur möglich. Vom wahren Wesen eines Konsumvereins hat der Lübsche Senat anscheinend nicht die blasseste Ahnung. Sonst könnte er unmöglich folgenden Satz unter seiner Verantwortung in die Welt wandern lassen:

Der Betrieb des Konsumvereins ist nichts anderes als eine besondere Form des Kleinhandelsbetriebes. Die angeblichen „Ersparnisse“, die den Mitgliedern als „Dividende“ zufließen, sind nichts anderes als ein Gewinn aus diesem Handelsbetrieb. Die Mitglieder beziehen ihn als Mitunternehmer ohne Rücksicht darauf, aus welchen Waren und aus welchen Verkaufsstellen der Gewinn geflossen ist.

Schlummer kann man die Dinge doch wirklich nicht auf den Kopf stellen! Wenn irgendein wohlhabender Mann eine günstige Gelegenheit ausnutzt, Waren billig auf Vorrat zu kaufen, dann betrachtet man die von ihm also erzielte Einkaufersparnis wohl auch als „Unternehmergewinn“ und läßt ihn dafür Extraeinkommensteuer zahlen? Nun, das fällt auch in Lübeck keinem Menschen ein, schon um deswillen, weil man solche Geschäfte gar nicht kontrollieren kann! Nichts anderes aber ist es doch, wenn ein armer Arbeiter mit Hilfe des Konsumvereins — und eine andere besteht für ihn dank der Schwäche seiner Finanzen nicht! — die Vorteile der Konjunktur, des Groß- und Barverkaufs sich zunutze macht! Freilich — dem kann man auf Heller und Pfennig vorrechnen, wieviel er erspart hat, was man bei seinem wirtschaftlich bestgestellten Mitmenschen nicht kann. Und dies sichtbare Sämmchen lockt; darauf muß man Beschlag legen! Der Pfennig, den die Arbeiterfrau am Mund Zucker oder Seife beim Einkauf im Konsumverein weniger zahlt als beim Krämer — das ist „Unternehmergewinn!“ Man sagt sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich: „Ist es möglich, daß Leute, denen die Geschicke eines Staates anvertraut sind, es dulden können, daß solcher volkswirtschaftlicher Wundersinn in ihrem Namen der Öffentlichkeit übergeben wird?“ Bei den tausenden „Mitunternehmern“ in Lübeck wird jedenfalls diese Senatslogik nur stürmisches Gelächter wachrufen, in das sich allerdings der Empörungsschrei mischen wird, den allzu offen zutage tretendes Unrecht dem Betroffenen entpreßt. Und als nichts anderes können die organisierten Konsumenten Lübecks empfinden, was man ihnen anzutun beabsichtigt. Der Senat schreibt munter und von Sachkenntnis nicht bedrückt:

Erfahrungsgemäß wird bei einem gut verwalteten Konsumverein ein Reinertrag von 10 Prozent des Umsatzes erzielt. Die hier in Vorschlag gebrachten 7/8 Proz. Umsatzsteuer würden mithin 7 1/2 Prozent des Reinertrags beanspruchen.

Als wenn das gar nichts wäre! Wir wollen die Rechnung einmal etwas gemeinverständlicher aufmachen: Ein Lübscher Arbeiter mit einer Familie von fünf Köpfen wird, wenn er sich gewöhnt hat, seinen Bedarf nach Möglichkeit im Konsumverein zu decken, einen Jahresumsatz von 600 Mk. erzielen. Da der Lübecker Konsumverein 4 Proz. Rückvergütung würde er eine Ersparnis von 24 Mk. machen. Hier von will jetzt der Staat 7/8 Proz. konfiszieren, also 450 Mk. Das sind fast 19 Proz. der Ersparnis! Welchem anderen Lübschen Staatsbürger mutet man dergleichen zu?

Man mag die Sache drehen und drehen wie man will, letzten Endes kommt nichts anderes heraus als ein nacktes, häßliches Ausnahmengesetz schlimmster Art, das mit moralischen oder staatsrechtlichen Gründen zu rechtfertigen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Der Senat fordert die 40 000 Mk., die er als Ertrag der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer veranschlagt, zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Die Grundlage des Staatshaushalts zu festigen, ist Pflicht der Staatsleitung. Wenn sie dieser Pflicht zu genügen sucht, kann ihr kein Mensch einen Vorwurf machen, solange sie nach einheitlichen Rechtsgrundsätzen verfährt, solange sie sich bemüht, die Lasten des Bürgers dessen Leistungsfähigkeit anzupassen. Davon wird hier aber in auffälligem Maße abgesehen. Der kleine Lübsche Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten schwere Opfer auferlegt: Der kostspielige, wenig rentable Elbe-Trave-Kanal, umfangreiche Dämen- und Strombauten, die unausgesetzte Verschönerung und Vervollkommnung des Lugaebades Travemünde, die durch das rasche Wachstum der Stadt bedingte Errichtung

zahlreicher Schulen und anderer öffentlicher Anstalten (Zentralgefängnis, Irrenhaus usw.), haben die Schuldenlast Lübeck's rapide gesteigert; die Steuern sind schnell hochgegangen.

Mit wenigen Ausnahmen sind all diese Ausgaben gemacht worden im Interesse des Handels und der Industrie oder verursacht worden durch das Aufblühen dieser Erwerbszweige. An den Lasten aber muß das ganze Volk mittragen, nicht zuletzt die unter dem Druck der Reichsverbrauchsabgaben ohnehin schwer leidenden unbemittelten Konsumenten. Sollten nicht die bevorzugten Kreise des Handels und der Industrie sich sagen, daß es hier für sie heißt: Noblesse oblige? Sollten sie nicht in sich die moralische Verantwortung fühlen, daß in ihrem Dienst erschütterte finanzielle Gleichgewichte ihrer Vaterstadt aufrechtzuerhalten, statt nun auch noch den all den Dingen unschuldigen unbemittelten Volksschichten durch neue Landesverbrauchsabgaben die Existenz zu erschweren und daß und Erbitterung in die Massen zu tragen? Für den Lübeckischen Staatsfiskus bedeuten die paar tausend Mark, die dem Konsumverein abgeknüpft werden, herzlich wenig, für den einzelnen Konsumenten aber die Schmälerung seiner Ersparnis, mit der er im Haushalt lange im voraus rechnet, gar viel. Und er wird diese Form der Steuer, weil sie ihn bei der Ausübung einer hauswirtschaftlichen Tugend, bei der Betätigung des Spartriebs, den doch gewisse Leute in Lübeck bei passender und unpassender Gelegenheit übers Bohnentisch preisen, stört, weit mehr verabscheuen als eine in Rahmen der Steuerlichen Gleichberechtigung aller Staatsbürger etwa erfolgende unvermeidliche Erhöhung der Einkommensteuer.

Bereits am 11. Dezember wird der Bürgerausschuß in die Vorberatung des Ausnahmegesetzes eintreten. Sache der organisierten Konsumenten Lübeck's wird es sein, alles aufzubieten, um die Vorlage zu Fall zu bringen!

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt am Freitag, dem 13. Dezember, im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Der Geschäftsführer, Genosse Henze, ergänzte den gedruckten vorliegenden Jahresbericht, aus dem wir schon die wichtigsten Zahlen und Angaben mitgeteilt haben. Den Kassierbericht erstattete Genosse Jaeschke. An den Geschäftsbericht schloß sich eine lange und lebhaft debattierte, in welcher besonders die Entlassung des früheren Lagerhalters der Warenabgabestelle in Gütin, Genossen Borchert, und die im Anschluß daran erfolgte Gründung der Neuen Gesellschaft in Gütin erörtert wurden. Die Gütiner Genossen Gloc und Borchert, die wegen ihres Verhaltens aus dem Konsumverein ausgeschlossen sind, waren persönlich erschienen und suchten ihr Vorgehen zu rechtfertigen; sie ersuchten die Generalversammlung den Ausschluß nicht zu bestätigen, sondern das Resultat der eingeleiteten gerichtlichen Schritte abzuwarten, die zur Rehabilitierung des Genossen Borchert unternommen sind. Vom Vorstand und von Mitgliedern des Genossenschaftsrates wurde das Vorgehen der Verwaltung des Konsumvereins in der Gütiner Angelegenheit verteidigt. Wegen Witternacht wurde beschlossen, eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Gütiner Warenabgabestelle, aus Teilnehmern an der Generalversammlung und aus Vertretern der Zeitung des Konsumvereins (Vorstand, Aufsichtsrat und Genossenschaftsrat) einzusetzen, welche die Sache zu prüfen und später der Generalversammlung Bericht zu erstatten hat. Darauf wurde die weitere Debatte über den Jahresbericht vertagt. Genosse Stellung ersuchte dann um Auskunft darüber, ob in der Fortsetzung der Versammlung den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werde, zu der Errichtung einer Bäckerei des Konsumvereins Stellung zu nehmen und ob bereits vom Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins die Errichtung einer eigenen Bäckerei beschlossen sei. Genosse Henze erklärte dazu, daß wohl die Bäckerei geplant ist, daß die Ausführung des Projekts aber erst erfolgen werde, wenn das nötige Geld vorhanden wäre. Die erste Anfrage Stellungen wurde bejaht. Hierauf wurde die Bilanz genehmigt und dem Vorstande Entlastung erteilt. Die Beschlussfassung über die Verteilung der Ertrübrigung erfolgte gemäß den Vorschlägen des Aufsichtsrates. An die Mitglieder werden 3 Proz. Rabatt und 1 Proz. Rückvergütung gezahlt. — Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 21. Dezember, statt.

b. Vor der dritten Strafkammer hatte sich am Sonnabend der Kaufmann P. aus Rallich in Vesterreich wegen Unterschlagung und Betrug zu verantworten. Der junge Herr war als Maschinenschreiber in der Aktienbrauerei angeestellt und sollte neben anderen Briefen zwei Verbriefe befördern. Einen Teil besorgte P., doch behielt er den Brief mit einem Scheck, auf 3093 Mark an die Walsfabrik Grewesmühlen lautend, zurück. Der Angeklagte, der schon zweimal wegen dergleichen Schwindelacten abgeurteilt wurde, will sich damit herausreden, daß er den Brief in der Mappe habe liegen lassen, weil er Kunden besucht und dadurch mehr getrunken habe als er vertragen konnte. Zwei Tage nachher wurde der Scheck von ihm in Geld verwandelt, mit dem er zuerst nach Hamburg reiste, wo er sich sein in Kluft schmückte und mit einer Uhr für 160 Mark seine Westentasche schmückte. Nach acht Tagen fuhr der Ausreißer nach Lübeck zurück, um angeblich den Rest des Geldes abzuliefern. Da er hier einen Brief über seine Entlassung vorfand, veräußerte er nach Berlin, wo die Moneeten bald zusammenschmolzen. P. will das meiste Geld bei einem Buchmacher auf der Rennbahn verloren haben. Er hoffte jedoch zu gewinnen, um alles zurücksetzen zu können. Als dies alles mißlang, reiste er nach Hannover und Bremen. Hier suchte er sich durch einen neuen Trick aus dem Dulle zu retten. Er ging zu einem Buchhändler, gab sich als Ingenieur aus und erbat sich den großen Brochhaus und den Meyer nach dem gemieteten Zimmer, um durch Vergleich festzustellen, welches Verloren sich am besten für seinen Ingenieurberuf eigne. Das fand das geriebene Büchschloß bald heraus. Um in der Wahl keinen Fehlgreif zu tun, ließ er die schweren Bände von einem Dienstmann auf den Wagen laden und fuhr zum Pfandleiher. Bei diesem Geschäft wurde er ertappt. Diese Thaten führen ihn jetzt auf anderthalb Jahre ins Gefängnis. — **Wechselfälschung, Diebstahl und Betrug** brachten den jetzigen Arbeiter T. aus Altona vor die Gerichtsschranken. Der Mann hatte früher ein eigenes Geschäft, war dann lange Zeit ohne Beschäftigung und mußte aus Not Frau und Kinder zu ihren Eltern schicken. Hier in Lübeck kam er in eine Wirtschaft, wo er Verbands- und Parteibücher auf dem Wort liegen sah. Diese steckte T. zu sich und suchte anderwärts Arbeit darauf. Vorher machte der Angeklagte noch einen Schwindel mit einem gefälschten Wechsel. Er stellte einen solchen auf 165 Mark, an einen Altonaer Geschäftsmann aus, mit dem er früher in Verbindung stand. Dieses falsche Akzept verlegte er bei der Wirtin für 10 Mark und suchte dann das Weite. Das Gericht billigte dem Angeklagten mildere Umstände zu und ging um die Hälfte des staatsanwaltschaftlichen Antrages herab, der auf 10 Monate Gefängnis lautete hatte. — Ein Klempner K. hatte eben wegen Diebstahls 14 Tage Gefängnis hinter sich. Den ersten halben Tag benutzte er zur Arbeit, die andere Hälfte zum Trinken. Er kaufte sich einen ganzen Liter Korn und ging, nachdem er diesen intus hatte, betteln. Nebenbei wurde eine

Altenmappe und ein Hammer geklaut. Für diese Heldentat muß der Mann wieder vier Monate brummen. — Dieselbe Strafe wurde einem Arbeiter Br. auferlegt, weil er die Gutmütigkeit eines früheren Scherzstiftes und jetzigen Arbeitsburschen mißbrauchte. Dieser kam von der Arbeitsuche aus Hamburg zurück. Br. traf ihn am Bahnhof, es wurden einige Schoppen getrunken und als das Geld zum Teufel war, visitierte der Angeklagte des Burschen Portemonnaie. Er war wohl so anständig und ließ den haben Nidel darin, entwendete aber den Gefächtschein, holte die Habseligkeiten seines Gönners im Werte von 25 Mark und verklopfte sie. — Ein unverbesserlicher Sittenverbrecher ist der 41jährige Schloßergeselle St., der bereits fünf Vorstrafen nach dieser Richtung verbüßt. Er hatte es nur auf kleine Mädchen abgesehen, trieb sich wochenlang in den Anlagen herum und fand sich mehr Opfer, als ihm nachgewiesen werden konnten. Nun ist er auf 2 Jahre hinter den Gefängnismauern unschädlich gemacht, beantragt waren 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Erwerbsverlust. — Der Schönsteinfegergeselle D. aus Annaberg war der Meinung, daß ihm auch mal ein weißes Hemd auf dem Leibe nichts schade. Beim Betteln in der Marktstraße eignete er sich ein solches auf dem Trodenboden an. Es hatte 2 Mark Wert. Der Mann hatte zwei Tage in der Armenanstalt gearbeitet, konnte aber von den 98 Pfg. Tagesverdienst nicht leben und bat um Milderungsgründe. Der Staatsanwalt betonte, daß hier der neugeschaffene Notparagraf im Strafgesetzbuch nicht zur Anwendung kommen könne, weil es sich um ein arbeitscheues Subjekt handle, das auch oft wegen Bettelns vorbestraft sei. Er beantragte 1 Jahr Zuchthaus und 3 Wochen Haft. Das Urteil lautet wegen Diebstahls auf 2 Monate Gefängnis und wegen Bettelns auf 3 Wochen Haft. Vom Zuchthaus kam der Wandersmann noch mal ab, dafür wird er nach Verbüßung der Strafe auf zwei Jahre der Landespolizeibehörde überwiesen, „um ihm das Arbeiten beizubringen“.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der letzten Novemberwoche in der Mehrzahl der deutschen Städte gegen die Vorwoche etwas verschlechtert, indem die Sterblichkeit gestiegen ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Städten mit mindestens 75000 Einwohnern in Altona 16,1, Berlin 12,7, Berlin-Lichtenberg 19,4, Berlin-Schöneberg 9,4, Berlin-Wilmersdorf 10,9, Braunschweig 13,9, Bremen 13,3, Charlottenburg 11,8, Frankfurt a. M. 11,6, Götting 17,7, Hamburg 14,3, Hannover 14,0, Karlsruhe 13,3, Kiel 11,5, Königsberg i. Pr. 18,5, Leipzig 11,4, Linden 9,4, Lübeck 11,3, Magdeburg 12,2, München 15,4.

pb. Diebstähle. Mittelfst Einsteigens durch ein Kellerfenster wurden aus einem am Mönchhofweg gelegenen Hause gestohlen: 1 etwa 4 Eimer Wasser fassender Messingfessel, 1 Beil, 1 Paar Damen-Schnürschuhe mit übergezogenen Gummischuhen, 1 alter graugrüner Paletot mit Sammettragen und schrägen Taschen, 1 alte graue und 1 blaue Hose, 1 Rucksack, 4 Pfund fetten Speck und 1 Schüssel mit drei bis vier Pfund Sauerfleisch. — Von einem auf der Straße hinter St. Petri haltenden Fuhrwerk ist eine Peitsche mit schwarz-punktiertem Stiel, einem sogenannten Schwannenhals und einer hellgrünen Schnur abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Vom Hausflur der Armenbehörde ist ein Herren-Regenschirm mit rundem dunklem Griff abhanden gekommen. Am Ende des Griffes befindet sich ein Metallplättchen als Abzeichen und ferner ein ovales Metallplättchen mit dem Monogramm „E. W.“ am Griff.

pb. Verhafteter Brandstifter und Dieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der am Freitag, den 13. d. Mts., abends gegen 9 Uhr die Scheune auf dem Gute Niendorf vorsätzlich in Brand gesetzt und die allgemeine Aufregung im Dorf benutzt hat, bei dem Müllermeister Gülke einzubringen und 860 Mark zu stehlen. Der Brandstifter hat früher bei dem Müller gedient. Das gestohlene Geld hatte er im Speicher seines Arbeitgebers versteckt. Dort wurde es gefunden.

Das Berliner Ensemble gastiert heute, Montag, 8¹/₂ Uhr wiederum in dem neuen Schwank „Scheiden tut — wohl“. Das lustige Stück erzielte bisher überall lebhaften Beifall. Wir weisen nochmals auf die außerordentlich geringen Eintrittspreise hin.

Das Hansa-Theater bleibt vom 16. bis 21. Dezember geschlossen. Am 23. Dezember erfolgt die große Premiere des außerordentlichen Weihnachts-Spezialitäten-Programms. Das Kabarett bleibt vor wie nach ab 16. Dezember geöffnet mit ganz neuem Personal.

Stodsdorf. Der erste Sozialdemokrat im Provinzialrat. Am Sonnabend wurde der erste Sozialdemokrat in den Provinzialrat entsandt. In den vier Gemeinden Curau, Oberwohlde, Renjesfeld und Stodsdorf wurden drei Vertreter zum Provinzialrat gewählt. Von 39 Gemeindevertretern waren 36 erschienen, darunter 21 Agrarier. Es erhielten Stimmen: Behr-Arfteder-Hof 33, Stammer-Renjesfeld 20 und unser Genosse J. Fid-Stodsdorf 21. Somit ist der erste Hecht im provinzialrätlichen Karpfenteich angelangt.

Oberhau-Krousforde. Im Lokale des Herrn König fand am Sonntag eine sehr gut, auch von Frauen besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Prohme über den „Balkankrieg und die Weltpolitik“ referierte. Die Ausführungen des Redners wurden mit gespanntem Interesse verfolgt. Leider versuchte der Inspektor des Gutes Krotzenhausen, durch fortwährendes Aus- und Eintreten und Dazwischenreden die Versammlung zu stören, bis man schließlich den Störenfried nicht wieder eintreten ließ. Lebhafter Beifall besahnte den Redner, und einige Aufnahmen für die Partei bildeten den Abschluß der Versammlung.

Breck. Ein schweres Sittenverbrechen wurde Freitag nachmittag gegen 3¹/₂ Uhr auf der Chaussee bei Klein-Kühren an der 14jährigen Tochter des Hofmers R. aus Lötlin verübt. Die Bedauernswerte kehrte von dem Konfirmanden-Unterricht von Breck zurück, wurde von einem Unbekannten verfolgt und zwischen den Rührer Raten und der Rührer Brude überfallen. Der unbekannte Täter, der leider entkommen ist, wird beschrieben als eine Person mit handwerksburschenmäßigem Aussehen, 25 Jahre alt, mit einem kleinen, dunklen Schnurrbart; er trug eine graugrüne Zoppe, eine blaue Sportmütze und abgetragene Laabschuhe.

Kiel. Soldatenshinder vor dem Kriegsgericht. Vor dem Kriegsgericht standen zwei Stellvertreter Gottes auf Erden, die sich in Mißhandlungen und Quälereien Untergebenen das Menschenmöglichste geleistet haben. Vor dem Oberkriegsgericht der Nordseeformation stand der Obermat Jürgens. Dieser Vorgesetzte war Rekruten-erzieher. Er hatte eine Korporalschaft Rekruten auszubilden. Wie er diese Ausbildung besorgte, davon gab die Gerichtsverhandlung ein Bild. Er belegte die Rekruten mit gemeinen Schimpfwörtern, wie sie gar nicht wiederzugeben sind. Am schlimmsten hatte es der Rekrut J., der nicht so recht im Dienst mitkommen konnte. Er wurde bei jeder Gelegenheit scharf vorgenommen. Machte er etwas ungeschickt, mußte die ganze Korporalschaft darunter leiden. Sie mußten Schemel strecken und dabei Kniebeuge machen. Beim Erzerieren mußten sie übermäßig Laufschrift machen, einmal 1/2 Stunde lang. Wenn sie in der Instruktionsstunde nichts wußten, mußten sie es

zehn- bis zwanzigmal abschreiben. Der Rekrut J. mußte mit anhören, wie der Obermat in den unflätigsten und gemeinsten Ausdrücken über seine Mutter herzog. Einmal ließ ihn der Maat auf der Stube Gewehrreden und Anterbrange machen. Als er nicht mehr konnte und sagte, er wolle sich erschweren, ließ der Maat ihn noch länger stehen. Beim wehrreinen nahm der Maat J. mit auf die Stube, machte die Tür hinter sich zu und jekt mußte sich J. dauernd hinlegen. Dann stellte der Maat sich auf den Rücken des J. und dieser mußte sich mit der schweren Last erheben. Beim Turnen am Reck trat der Maat den J. auf die Fehen, dann mußte J. sich wieder hinlegen und der Maat trat ihn mit dem Fuß auf den Kopf, daß das Gesicht in den Schmutz gedrückt wurde und blutete. Beim Turnen am Barren gab der Maat dem J., der am Gerät hing, einen Stoß, daß er zu Boden und mit dem Kopf auf das Sprungbrett fiel. Zu dem am Boden Liegenden sagte der Maat: „Hund, wenn du krepierst, gebe ich ein Faß Bier aus.“ Ausdrücke wie „dämliche Wildsau“, „dumme Kuh“, waren an der Tagesordnung. Auf Befehl des Maaten mußten die Rekruten den J. aus der Stube jagen. Einmal haben sie J. verprügelt, weil der Maat ihnen gesagt hat, sie sollten ihn „kameradschaftlich erziehen“. Tritte und Schläge gab es oft. In der Instruktionsstunde schlug der Maat mit dem Instruktionsbuch dazwischen. Wenn sich einer beschweren wollte und der Maat erfuhr das, mußte die ganze Korporalschaft Schemel strecken. Für diese Quälereien hatte der Rekruten, erzieher“ vom Kriegsgericht nur 4 Wochen Mittelarrest erhalten. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil auf und verurteilte ihn zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation. Festgesetzt wurden 8 Fälle der Mißhandlung, 50 Fälle der vorstrifswidrigen Behandlung und Beleidigung, 3 Fälle der Beleidigung und 3 Fälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt. — Ein anderer Soldatenshinder hatte sich in der Person eines Majorsinstituten Weber vor dem Kriegsgericht der ersten Marineinspektion zu verantworten. Dieser Maat trank gern, und wenn er schlechter Laune war, ließ er seine Wut an seinen Untergebenen aus. Er schlug sie mit Holzstöcken, Kupferdraht, warf mit Kohlenstücken nach ihnen. Ein besonderes Instrument hatte er sich zum Mißhandeln konstruiert, indem er eine Schraubenmutter an einem Bindfaden befestigte und damit drauflos schlug. Zeugen sagten, Mißhandlungen fanden täglich statt. Ein Soldat ist allein 40mal mißhandelt worden. Ein Zeuge jagte, vom jüngsten Jahrgang ist nicht ein einziger da, der nicht mißhandelt ist. Das Gericht stellte 52 Fälle der Mißhandlung, zwei Fälle der vorstrifswidrigen Behandlung und Beleidigung und einen Fall der Beleidigung fest. Außerdem wurde Weber noch wegen Ungehorsams und Belügens eines Vorgesetzten verurteilt. Er erhielt vier Monate Gefängnis und Degradation. — Wenn einer der Mißhandelten es gewagt hätte, aus Aergern über die Mißhandlungen sich an dem Vorgesetzten zu vergreifen, auf wie lange wäre der arme Teufel wohl ins Gefängnis gekommen? Vergleiche man nur mit den Strafen, die diese beiden Soldatenshinder bekommen haben, das Sonnabend von uns veröffentlichte Urteil gegen den Matrosen K. o. J., der 1 1/2 Jahre Gefängnis erhielt, weil er gegen einen Maaten tätlich wurde, als dieser ihn wegen Nichtgrüßens zur Rede stellte.

Kiel. Explosion auf dem Torpedoboot „G. 7“. Als Sonnabend vormittag das Torpedoboot „G. 8“ die Werft verlassen hatte, trat etwa Quarz von der Westmole im Feuerungsraum des Bootes eine Explosion ein, wodurch der Maschinistenwärter Hagemeier und der Heizer Seghen verletzt wurden. Das Torpedoboot „G. 8“ drehte sofort bei und dampfte in die Werft zurück. Die Verletzten wurden sofort gelandet und dem Garnison-Lazarett an der Fehlschraube zugeführt; sie haben Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen. Ihr Zustand war abends zufriedenstellend; eine Lebensgefahr besteht nicht. Die Explosion fand im Feuerungsraum des Kessels statt und ist anscheinend auf zu frühes Abstellen der Ventilation zurückzuführen. — Zwei Neubauten eingestürzt. Infolge des heftigen Sturmes stürzten Sonnabend vormittag 7 1/2 Uhr in Elmshagen zwei Neubauten ein. Die Dächer wurden vom Sturm abgedeckt und dann die Wände eingestürzt.

Koslow. Der mecklenburgische Verfassungsausschuß. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Koslow telegraphiert wird, sind die leitenden Minister der beiden Großherzogtümer beim Reichszanzler zu einer Konferenz über die mecklenburgische Verfassungsfrage erschienen. Man nimmt an, daß die Zustimmung des Reiches zu der Otkroponierung einer Verfassung eingeholt werden soll. Man erwartet, daß der Reichszanzler dem geplanten Vorgehen der mecklenburgischen Regierung kein Hindernis in den Weg legen werde. Die mecklenburgische Ritterschaft scheint die Drohung mit der Otkroponierung der Verfassung nicht ernst zu nehmen, denn sie hat beschlossen, ein Grundstück anzukaufen, auf dem ein Ritterschafts-Kasino errichtet werden soll, um den Herren während der Tagung des Landtags den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen.

Nordenham. Streik im Baugewerbe. Weil der Unternehmerverband für das Baugewerbe in Nordenham nicht zu bewegen war, die Vereinbarungen zu revidieren, wonach die Ausgesperrten zuerst wieder einzustellen waren und so lange solche noch arbeitslos, keine Arbeitskräfte von auswärts eingestellt werden durften, beschloß der Bauarbeiterverband den Streik. Die Aussperrung hat zehn Monate gedauert, weil der Bauarbeiterverband das Reglementsbureau der Unternehmer, genannt Arbeitsnachweis, nicht benutzen resp. anerkennen wollte. Ganze fünf Wochen dauerte jetzt der sogenannte „Frieden“. Trotz dieses fünfmonatigen Friedens konnten aber die Aussperrungs- und Unterstützungslisten nicht geschlossen werden, weil der Unternehmerverband immer eine Anzahl Ausgesperrter arbeitslos auf der Straße ließ mit der Absicht, so nach und nach die ansässigen organisierten Bauarbeiter mit der Hungerpeitsche vom Orte zu vertreiben. Täglich wurden Arbeitskräfte von auswärts eingestellt. Den Ausgesperrten wurde kalt, lächelnd erklärt, wenn sie sich um Arbeit bemühten: Es ist alles besetzt. So konnte es nicht weiter gehen. Die Dauer dieses Kampfes ist nicht zu übersehen. Ausgeschlossen ist nicht, daß er diesmal noch länger dauert. Aber das ist vor dem Streikbeschlusse reichlich erwogen. Die Bauarbeiter sind zu jedem Opfer im Kampfe bereit. Kein Arbeiter des Baugewerbes darf Verräter werden. Ehrensache eines jeden Berufsollegen ist es, Nordenham zu meiden. Keiner werde zum Judas. Folgt nicht den Lockungen der Unternehmer und ihrer Agenten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Inserate

H. Deutschmann
 Arminstraße 2
 empfiehlt (5781)
 braune und weiße
Kuchen
 braune und weiße
Pfeffernüsse
Mandelkuchen
 in bester Qualität.

Zum Backen!
 Echt Lauschen Kuchensirup
 Prima Weizenmehl
 Mandeln, Sukkade
 Orangeat, Hirschhornsalz
 ger. Pottasche, Rosenwasser
 Zitronen, sämtl. Gewürze
 in prima Qualität
 empfiehlt

Holsten-Drogerie
Jürgen Runge
 6a Moislinger Allee 6a.
 Fernsprecher 2375.

Alle zur
Kuchenbäckerei
 sowie zur
Schlachtereierfordernissen
Artifel
 empfehle in allerfeinster Ware, sowie
 Fäße, Feigen u. Datteln,
 Rum und verschiedene
Weine
 in sämtlichen Preislagen.

Carl Hudoffsky
 Telefon 9042. (6016)

Zum Weihnachtsfest
 empfehle:
 Braune Kuchen, braune u.
 weiße Pfeffernüsse, Wal- u.
 Haselnüsse, Feigen, Konfekt
 u. Marzipan, sowie sämtl.
 Gewürze z. Kuchenbäckerei
Konrad Eifland
 Lützowstraße 10. (6015)


Zum Feste empfehle:
Weinen, Spirituosen
Reinh. Büsen
 Arminstraße 1a. (5537)

Sehr schöne Samenbäume
 empfehlen billigst (6025)
Gebr. Wilms
 Glockengießerstraße 21.
 Stand beim alten Bahnhof,
 in der Nähe d. Bismarck-Denkmal.
 Arbeitslose Arbeitermehlgang.

Hasel- u. Walnüsse
Feigen, Datteln
Konfekt
 empfiehlt (5536)

Reinh. Büsen
 Arminstraße 1a.

Achtung Dadaledler!
 Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, d. 17. Dezember
 abends 8 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Gaus in Braun-
 schweig.
 2. Gründung.
 Um jährliches Gichtelien erlaucht
 (6022) Der Vorstand.



*Von meinen besten Küchentaten
 Sei hier jetzt ein Recept vermerkt
 Für Teegebäck, so knusprig lecker,
 Als wärs vom besten Zuckerbäcker:
 Palmolabutter rühret man
 Ein halbes Pfund recht schaumig an,
 Fügt Pulverzucker langsam bei
 (Ein halbes Pfund) bis glatt der Brei.
 Dann gibt man auch noch Mehl dazu
 (Ein halbes Pfund) und rühret im Nu
 Von sieben Eiern Schnee hinein
 Etwas Vanill, so schmeckt es fein.
 Dann läßt auß' Blech den Teig man fließen
 Portionenweis und bäckt dann diesen
 Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig,
 Denn so allein gelingt es richtig!*

*Palmolabutter = Pflanzenbutter-Margarine
 wird nur vom H. Schlinck & Co. A.G. hergestellt.
 Hamburg*

Umsonst!
 Zur schnellen Einführung von Ragoda.
 Damit auch die kleinen Haushaltungen schon bis Ende ds. Jrs. wertvolle Geschenke auf unser
 beliebtes und bewährtes selbsttätiges Schnellwasch- und Bleichmittel Ragoda erhalten können,
 geben wir gegen Gutscheine von 5 Pfd. bis Ende ds. Jrs. (1913 gegen 10 Pfd.) unter anderen
 1 hochfeine echt silberne Blusenadel oder 1 desgl. Kollier garantiert echt Silber 800/1000.
 Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra zur schnellen Einführung von Ragoda
 zugegeben. Lassen Sie sich die Geschenke in den Läden zeigen und die Prospekte darüber geben.
 Ragoda ist einzig in seiner Art! D. R. G. Nr. 418136. Es gilt nach heutigem Stande der
 Wissenschaft nachweislich als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und
 keinen Versuch mit Ragoda machen.
 Ueberall zu haben. 1 Pfd. kostet nur 55 Pfg. 1/2 Pfd. 30 Pfg.
Schumann & Wille, Wittenberge. 4590



Bienenhonig 2 Pfd. Mk. 2,20
Bienenleib 2 Pfd. Mk. 1,20
 Rein deutsche
 Arten u. Raffinates

Der selbe Geschmack,
 dieselben Bestandteile,
 derselbe Nährwert des
 echten Bienenhonigs
 dabei um fast
die Hälfte billiger

Wilhelm Rahföth Untertrave 113.
 Wein- und Spirituosen-Groß-Handlung.
Lübeck.
 Rotweine Rheinweine Moselweine
 Portweine Sherry Madeira
 Liköre Schaumweine Champagner
 Rum Cognac Arrac
 Punschextrakte. (5896)

Tannenbäume und Tannen-
baumschmuck in großer Auswahl
 sowie Aepfel d. Pfund v. 15 Pfg. an,
 Apfelsinen
 Dulzend 50 Pfg., große Ware,
 zu haben bei (6035)
E. Lütgens, Heinrichstr. 38.
 Ratzeburger Bockbier
 Lieferung frei Haus.

Die Weberei von W. C. Kelling
 (früher F. J. W. Hopp)
 Großer Bankof 5 **LÜBECK** Großer Bankof 5
 empfiehlt ihre dauerhaften (5502)
Bett-, Tisch- und Leinenzeuge
 und sonstige Artikel.
 sowie doppelt gereinigte Hauben und Bettfedern.
 Spezialität: Warca von Handgespinnstgarn.
 (6023)

Eutin.
 Achtung Parteigenossen!
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, d. 18. Dezember
 abends 8 Uhr
 bei Herrn Knickrehm.
 Das Erscheinen aller Genossinnen
 und Genossen ist notwendig.
 (6023) Der Vorstand.

Achtung Schneider!
 Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, d. 17. Dezember
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht von der Vorstandes-
 konferenz.
 2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
 3. Mitteilung der Ortsverwaltung.
 4. Verschiedenes.
 (6021) Die Ortsverwaltung.
 Deutscher

Transportarbeiterverband
 Zahlstelle Lübeck.
 Gemeinschaftliche
Versammlung
 am Dienstag, d. 17. Dezember
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Bericht von der Vorstandskon-
 ferenz.
 3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
 4. Stellungnahme zu den wegen
 Schulden gestrichenen Mitgliedern
 bei der Wiederaufnahme.
 5. Abrechnung vom Ball.
 6. Verschiedenes.
 (6033) Der Vorstand.
 NB. Das Erscheinen sämtlicher
 Mitglieder ist in Anbetracht der
 wichtigen Tagesordnung dringend
 notwendig. D. O.

Verein der Musikfreunde.
 Mittwoch, den 18. Dezember
 abends 8 Uhr,
 in der Stadthalle:
12. volkstümliches Konzert
 (Orchester 52 Musiker.)
 Leitung:
 Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
 Solist: Herr E. Corbach (Cello).
 Zur Aufführung kommen u. a.:
 Overture zu „Euryanthe“
 C. M. v. Weber.
 Les Préludes, symphonische Dichtung
 Fr. Liszt.
 Sylvia-Ballett S. Délibes.
 Fröhliche Weihnachten, Tongemälde
 E. Koidel.
 Programm im Lübecker Konzert-
 Anzeiger. 6017

Hansa-Theater
 bis 25. Dezember
 geschlossen.

Stadthalle in Lübeck.
 Direktion: G. Feldhusen.
 Heute, Montag, d. 16. Dezember
 abends 8 1/2 Uhr
Berliner Ensemble-Gesell.
 Zum 2. Male der neueste Schwanz
Scheiden tut — wohl.
 In 3 Akten v. Schönau u. Lippich.
 Stürmischer Lachserfolg!
 Vorverkauf bei Herrn F. W. Kalbel,
 Breitestr. 40 sowie bei Herrn Friedr.
 Nagel, Markt 14. (6032)

Neues Stadttheater.
 Dienstag, den 17. Dezember
 79. Vort. i. B. u. 14. Vort. i. Dienst. Ab.
 Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lohengrin.
 Oper von R. Wagner. 6019
 Große Preise.
 Mittwoch, den 18. Dezember.
 Nachm. 3 1/2 Uhr. Ende 6 Uhr.
 Nachmittagspreise.
Prinzessin Flunkerrl.
 Weihnachtsmärchen
 von Erika Grupe-Lörcher
 Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Neuheit. Alles um Geld. Neuheit.
 Ein Stück von Herbert Gutenberg.
 Mittelpreise.
 In Vorbereitung: Der Schmuck der
 Madonna. Oper v. Wolf-Ferriat.
 Die Karten für die 3. Abonn.-Rate
 können vom Montag, den 16. ds.,
 ab bis zum 31. d. M. in der Zeit
 von 11-2 Uhr an der Theaterkasse
 (Biedergrube) abgeholt werden.

Ministerkrisis in Japan.

In Japan sind durch den Rücktritt Saionjis Schwierigkeiten entstanden, die weit über die Bedeutung einer Ministerkrisis hinausgehen. Der Rat der Älteren Staatsmänner (Genro), eine Schöpfung der vor- konstitutionellen Zeit, der von ein paar Äbligen reaktionären Kalibers gebildet ist, sucht eifrig nach einem neuen Premierminister. Wenn er von allen politischen Persönlichkeiten mit Namen und Fähigkeiten höfliche aber entschiedene Abzagen erhält, so ist das leicht begreiflich. Wer noch etwas zu verlieren hat, dem kann es nicht nach der angebotenen Ehre gelüsten. Auch das größte Talent und der beste Wille werden nicht die beiden Hindernisse überwinden, woran die zwei letzten Regierungen gescheitert sind: den Forderungen der Militärpartei und dem Mangel an Mitteln.

Die Militärpartei stellt Forderungen, die ein vom Gefühl der Verantwortlichkeit nicht gänzlich verlassener Staatsmann nicht bewilligen kann. Das arme ausgegogene Bauernvolk leucht unter einer Schuldenlast von 5300 Millionen oder 40 Mark pro Kopf, eine Summe, die durch eine mißliche Finanz- und Wirtschaftspolitik stetig, man möchte fast sagen, automatisch erhöht wird. Der größte Teil dieser Schuldenbürde ist auf das Konto des Rüstungswahnsinns zu setzen. Der Staatsbankrott ist unausbleiblich, sofern nicht die ordentlichen Ausgaben für Militär und Marine beträchtlich vermindert werden. Dazu will sich die Militärpartei unter keinen Umständen verstehen. Im Gegenteil, sie verlangt zu der ordentlichen noch eine außerordentliche Aufwendung von über 700 Millionen Mark für die Ausführung eines neuen Flottenprogramms und eine von 160 Millionen Mark für die Schaffung zweier neuer Divisionen. Die Militärpartei erklärt, ohne Bewilligung dieser Forderungen sei Japans militärische Machtstellung nicht zu behaupten und künftigen, in der Mandschurei notwendigen Operationen nicht gewachsen. Schon Katfura, der Vorgänger Saionjis hatte wegen dieser Mehrausgaben schwere Kämpfe zu bestehen. Er nahm schließlich den Abschied, um „einen weiseren Nachfolger“ sein Glück versuchen zu lassen. Der ihm ins Amt nachfolgende Saionji oder eigentlich sein Finanzminister Yamamoto, dessen bürgerliches Gewissen nicht von militärischer Großmannsucht verborben war, reduzierte mit jedem Federzug die verlangte Ausgabe für die Flotte auf 160 Millionen und strich die für die beiden Divisionen geforderte Summe ganz. Mit der recht schmerzlichen Amputation am Flottenprogramm gab sich die Kriegspartei nach langem Sträuben zufrieden, da auch sie nicht wußte, wie angesichts des vollständigen Mangels an Kredit im Ausland ein größerer Aufwand zu ermöglichen sei. Zu einem Verzicht auf die zwei Divisionen jedoch wollte sie sich auf keinen Fall verstehen. Die hierüber gepflogenen Verhandlungen spitzten sich zu einem offenen Konflikt zu, der den Rücktritt des Kriegsministers und schließlich die Demission des ganzen Kabinetts zeitigte.

Daß die Kriegspartei von ihren Forderungen zurückkommen wird, ist nicht wahrscheinlich und ebenso wenig wahrscheinlich ist, daß die verlangten Mehrausgaben durch eine Anleihe gedeckt werden können. Wer immer an die Spitze der nächsten Regierung besetzen werden wird, befindet sich in dem gleichen Dilemma aus dem Saionji trotz eifriger Suchens keinen Aus-

weg fand: zwischen der total erschöpften Staatskasse und der riesigen Geldoyer heischenden allmächtigen Kriegspartei. Die Ablehnung der Militärforderungen ist für die Regierung gleichbedeutend mit dem Ende ihres Daseins und die Bewilligung mit ihrer parlamentarischen Unmöglichkeit.

Der Einfluß des japanischen Parlaments auf die Staatsgeschäfte ist von jeher herzlich gering gewesen. Ihm ein wirksames Mitbestimmungsrecht einzuräumen, war niemals die Absicht der herrschenden Adelskaste. Wenn sie den asiatischen Feudalstaat mit einem konstitutionellen Lappen austaffierte, so wurde sie nicht vom liebevollen Verständnis für das parlamentarische Regime bestimmt, sondern von der Notwendigkeit, für das geldgebende Europa eine vertrauenerweckende Dekoration zu schaffen. Mit einem Parlament glaubte sie die Pumpwirtschaft leichter und rationeller gestalten zu können. Weiter nichts! Und wenn das Parlament fürwäh oder Unfügigkeit zu zeigen wagte, wurde es kurzerhand aufgelöst. Der Regierung wurde die entwürdigende Behandlung des Parlaments erleichtert durch die moralische Geringswertigkeit und Gesinnungslumperei einer großen Zahl von Abgeordneten, als auch durch die Parteizersplitterungen und häßlichen politischen Zänkereien. Der Name Politiker war nichts weniger als respektgebietend; die gebildete Mittelklasse warnte ihre Söhne vor der politischen Karriere.

Wenn nun in den letzten paar Jahren eine leichte Wandlung zum Besseren eingetreten, wenn der Einfluß des Parlaments gewachsen ist, so ist das auf das stärkere Drängen der industriellen und kommerziellen Kreise nach der staatlichen Machtquelle und auf den Zwang, mehr Rücksicht auf das Kredit gebende Ausland zu nehmen, zurückzuführen. Großindustrie und Handel haben aus der politischen Geschichte des Westens gelernt, daß sie sich bei Zeiten eine politische Vertretung sichern müssen, sollen ihre Interessen nicht gegenüber den anderer Erwerbszweigen zu kurz kommen. Ihre Interessen sind im Vergleich zu den der anderen, zur politischen Betätigung zugelassenen Ständen sehr einheitlich. Dann verfügen sie über die für die Schaffung einer eigenen Organisation notwendigen Mittel und Kräfte. Diese Vorteile erleichterten ihnen die Bildung einer Klassenvertretung im Parlament. Freilich ist der politisch-parlamentarische Klärungsprozeß, wie das ganze gesellschaftliche Leben Japans überhaupt noch im vollen Fluß. Immerhin haben sich die Vertreter der städtischen Bourgeoisie in der im März 1910 gegründeten Nationalpartei zusammengefunden, die im Gegensatz zu der Partei Seiyukai, die agrarischen Interessen vertritt, die Interessen des Handels und der Industrie wahrnimmt. Die Nationalpartei verfügt von den 379 Sitzen des Abgeordnetenhauses nur über 87; die Seiyukai mit ihren 209 Sitzen hat die absolute Mehrheit. Allein die Parteien sind noch nicht scharf nach Interessen gesondert. Bei besonderen Gelegenheiten bilden sich zeitweise — sei es auch nur bei Abstimmungen — besondere Konstellationen. Dies geschieht nicht selten bei Erhöhung der Steuern, gegen die sich Widerstand auf allen Bänken bemerkbar macht. Kein Wunder! Der beste Teil der Staatseinnahmen und jeder Mehrleistung an Steuern wird direkt oder indirekt vom gefräßigen Moloch Militarismus absorbiert. Solange dessen Forderungen noch durch Anleihen im Auslande gedeckt werden konnten, war größere Bereitwilligkeit zur Bewilligung von Mil-

tärausgaben vorhanden. Aber die Neigung des ausländischen Geldmarktes, dem überschuldeten Asienstaat noch weitere Mittel zur Pflege der Großmannsucht vorzuschließen, ist auf dem Nullpunkt angekommen. So muß Japan wohl oder übel die sämtlichen Opfer für den Militarismus aus eigener Tasche bringen. Das untere Volk ist aber dermaßen mit Steuern überbürdet, daß ihm neue Lasten nicht mehr zugemutet werden dürfen, soll es nicht zur offenen Revolte kommen. Es bleibt nur noch die Besteuerung des Großgrundbesitzes und der großen Vermögen der Industrie und des Handels übrig. Je stärker der Zwang wird, die Besitzenden mehr zu belasten, je geringer wird ihr Verständnis für die Notwendigkeit der riesigen unproduktiven Ausgaben für Heer und Marine, je mehr redet sie einer Friedenspolitik das Wort. So hat die Notwendigkeit, selbst die Opfer für Krieg und Kriegsmittel aufzubringen, in der japanischen Bourgeoisie die Friedensstimmung entfacht und gesteigert. Und auch in den unteren Schichten des japanischen Volks ist die kriegerische Gesinnung verschwunden (wenn sie überhaupt jemals vorhanden war). Die Friedenspartei im Abgeordnetenhaus ist immer stärker geworden. Diesen Stand der öffentlichen Meinung muß jede Regierung berücksichtigen, auch wenn sie der Militärkaste sonst vollständig ergeben ist. Denn gegen den Willen des Volkes neue Steuern und Anleihen auszusprechen, ist nachgerade gefährlich geworden. Das wissen die politischen Führer besser als jeder andere. Kein Wunder, wenn sie sich sträuben, die Erbschaft Saionjis zu übernehmen.

Von dem Verlauf der jetzigen politischen Krise Japans wird, was von besonderem Interesse ist, auch die Entwicklung des großen asiatisch-chinesischen Konfliktes wesentlich beeinflusst werden.

Der Wahnsinn des Massenmordes.

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben: Wie stets noch, haben die Kriegsbeher und Prozentpatrioten auch gelegentlich der Balkanwirren ihr verbrecherisches Treiben verbrämt mit der Phrase, daß Kriege eine sittliche Wiedergeburt der kriegführenden Völker hervorrufen. Wir wollen daher einmal versuchen, die Verluste an Menschenleben und menschlicher Gesundheit zu berechnen, die ein großer europäischer Krieg kosten würde. Und zwar werden wir dabei jede Uebertreibung zu vermeiden suchen.

Als grundlegenden Maßstab benutzen wir die Verluste, die die deutsche Armee 1870/71 hatte. Im letzten deutsch-französischen Kriege hat Deutschland alles in allem, also inklusive Besatzungs- und Ersatztruppen, 1 200 000 Mann aufgegeben. An Verlusten hatte sie zu verzeichnen: Getötet 1871 Offiziere, 26 397 Unteroffiziere und Mannschaften; verwundet 4184 Offiziere, 84 304 Unteroffiziere und Mannschaften. An Seuchen starben zirka 100 000 Mann.

Sehen wir uns nun die Stärke der Armeen an, die der Dreibund, Frankreich und Rußland im Kriegsfalle aufstellen würden. Auch hier wollen wir die Besatzungs- und Ersatztruppen einbeziehen. Es würde aufbieten:

Der Mensch mußte beseitigt werden, unter allen Umständen. Frau Meyer hatte ganz andere Gedanken, als die Salonlilien von Wendelheim. Den Eindringling in die Gesellschaft unmöglich zu machen, das dünkte ihr nicht schwer. Doch darum handelte es sich auch gar nicht für sie. Sie mußte ihn bei Herminen unmöglich machen, das war die Hauptsache; dann war die Bahn wieder frei für den armen Jungen, ihren lieben Hans.

Dieses Weib, das nun sofort sein Netz spannt, in dessen Maschen der „arme Tischlergeselle“ hängen bleiben sollte, war für Fritz Born offenbar viel gefährlicher, als die gesamte Herrenwelt von Wendelheim.

Gleich am andern Tage, nachdem die Kunde von der Verlobung des Fräuleins Hermine Tschjen mit Herrn Fritz Born, dem Tischler, sich in Wendelheim verbreitet hatte, versammelte sich das regierende Kaffeekränzchen bei Frau Johanna Meyer.

Die werthen Damen waren noch nie so pünktlich und so vollzählig erschienen; man sah, daß sie alle etwas auf dem Herzen hatten und sehnsüchtig nach einer Gelegenheit strebten, sich zu erleichtern.

Das Kaffeekränzchen wies natürlich nur Damen reiferen Alters auf; mit der Jugend könne man nichts anfangen, hatte Frau Meyer gesagt, die sei zu flatterhaft und gehe ganz auf in dem Bestreben, sich recht die Cour schneiden zu lassen und schließlich einen Mann mit gesicherter Existenz einzufangen.

Wie die Tafelrunde sich ordnete um den altertümlischen Familientisch, da lag die Erregung schon auf allen Gesichtern, arbeitete in allen Bewegungen und zitterte in allen Schleißen und Haubenbändern.

Der Kaffeeklatsch kann erst dann ordnungsmäßig und mit der nötigen Feierlichkeit beginnen, wenn alle Damen sitzen, wenn jede ihre Tasse Kaffee vor sich stehen und zu häkeln, zu sticken oder zu stricken begonnen hat.

Heute saßen sie bald alle, der Kaffee dampfte, die Stricknadeln klapperten und eine feierliche Stille trat ein. Niemand wollte Frau Meyer vorgreifen, so groß war der Respekt.

„Sie wollen doch heute den Kaffee nicht schwarz nehmen, Frau Polizeirat,“ sagte Frau Meyer und goß Rahm ein. „Da haben Sie ja wohl auch erst ein Stückchen Zucker. Nehmen Sie nur noch eins, damit der Kaffee recht süß wird, nachher gibts bittere Sachen.“

„Ach ja, ach ja, ach ja!“ ging's mit einem allgemeinen Seufzer durch die Versammlung.

Frau Meyer erhob sich nun zu ihrer ganzen Würde. „Sie wissen, was passiert ist,“ begann sie mit gewichtiger Betonung, „Fräulein Hermine Tschjen, die einstige reiche

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Diese Sache war für die braven Wendelheimer mit ihren leiblichen Gemütern so aufregend, daß sie dieselben während vierzehn Tagen nicht zur Ruhe kommen ließ. Es war klug von dem Brautpaar, daß es sich in der ersten Aufregung, welche die Nachricht von Herminens Verlobung hervorbrachte, nicht in Wendelheim sehen ließ; eine stolze Kagenmüßigkeit nach dem Muster der bayerischen Haberfeldtreiben wäre die unausbleibliche Folge gewesen; das hätte sich die „goldene Jugend“ von Wendelheim nicht nehmen lassen.

Die jungen Salonlilien von Wendelheim leisteten mehr als einmal vor ihren Angebeteten den feierlichen Schwur, es solle dem „annahenden Proleten“ nicht gelingen, sich in die guten Kreise von Wendelheim einzudrängen; sollte aber Hermine Tschjen ihre Geschmacksexzentrung so weit treiben wollen, den Menschen trotz des allgemeinen ausgesprochenen Widerwillens einzuführen, so wollte man ihn schon „hinaus gaulen“.

„Wenn er nur satisfaktionsfähig wäre,“ sagte, seinen langen Schnurrbart drehend, ein auf Urlaub befindlicher Leutnant, „ich würde mich sofort mit ihm schießen!“

„Das wird nicht notwendig sein,“ meinte der Staatsanwaltsgehilfe, ein schneidiger junger Herr, der sehr gerne durch die Nase sprach. „Der Kerl hat gewiß sozialdemokratische Ideen in sein verbranntes Gehirn aufgenommen und wird hier auch Umtriebe in diesem Sinne machen; dann wird man ihm zu Leibe gehen.“

„Man muß ihm den Aufenthalt in unserer Stadt überhaupt verleben“, sagte ein magerer Rechnungsrat.

All dies aber waren nur löwende Worte, denn die Herrenwelt von Wendelheim war etwas phlegmatisch und ließ die Sache an sich herankommen. Der leitende Kopf in solchen Dingen saß auf eines Weibes Schultern und gehörte der Mutter des uns schon bekannten Herrn Hans Meyer. Frau Johanna Meyer war eine Art Mannweib von großer und fester Figur und mit langen Schritten; ihr von dünnem, grauen Haar, das wie festgelebt an den Schläfen saß, bedecktes Haupt trug sie in den Nacken zurückgeworfen; sie hatte dazu ein Bürtchen von grauschwarzen Haaren auf der Oberlippe. Ihre Herrschaft gründete sich auf das weithin berühmte Wendelheimer Kaffeekränzchen, das meistens aus den Frauen der Honoratioren bestand und in dem Frau Meyer unbedingt den Ton angab. Da fast in allen Honoratiorenfamilien zu Wendelheim die bessere Hälfte die regierende war, so erstreckte sich die Herrschaft der Frau Meyer

in Wendelheim durch die Frauen des Kaffeekränzchens auch auf die Herrenwelt. Diese Herrschaft spielte zu Zeiten sogar in die Politik hinein und Frau Meyer hatte es durchgesetzt, daß ihr verstorbenen Gatte zum Bürgermeister und zum Landtagsabgeordneten von Wendelheim gewählt wurde. Wer ein politisches Amt wollte oder sich um einen Sitz unter den Stadtvätern auf dem Rathause bewarb, der konnte solche Würden nur aus der Hand der allmächtigen Frau Meyer empfangen. Alle Bemühungen wider ihre Allmacht waren umsonst.

Der größte Kummer dieser ehrgeizigen und herrschsüchtigen Frau war, daß ihrem Sohne und einzigen Kind, Herrn Hans Meyer, die Fähigkeit abging, sich bei seinen Mitbürgern eine so dominierende Stellung zu verschaffen, wie es ihren Wünschen entsprochen hätte. Allein dieser junge Mann schien gar keinen Ehrgeiz zu haben. Er erschien zwar wie ein Modejournal, machte alle Bälle und sonstigen Vergnügen mit und war Mitglied der gemeinnützigen Vereine des Städtchens — aber weiter zeigte er kein Streben. Seine Mutter hatte ihn von frühesten Jugend auf dermaßen verhätschelt, daß er sich auf sie verließ, und zwar in allen Dingen. Sie sorgte für alles und wußte sich bei ihm in solchen Respekt zu setzen, daß er sie wie eine Art höheres Wesen ansah.

Unter einer solchen Erziehung hatte Hans unmöglich zu einem selbständigen und energischen Manne werden können, und seine Mutter verhätschelte und beherrschte ihn weiter, als er schon erwachsen war. Er war ihr Sohn und sie hatte sich in den Kopf gesetzt, etwas aus ihm zu machen. Da er keine Fähigkeiten zeigte, so beschloß sie darnach zu streben, große Reichtümer in seinen Händen zu vereinigen, um ihm Macht und Ansehen zu verschaffen. Zu diesem Zweck hatte sie ihn ermutigt, Hermine Tschjen den Hof zu machen, denn mit dem Ableben der Tante mußte dem Mädchen ja deren Reichtum zufallen. Wenn man reich ist, muß man sehen, daß man noch reicher wird, lautet eine alte Regel, die von vielen Leuten ganz besonders beim Stiften von Heiraten mit peinlicher Gewissenhaftigkeit befolgt wird.

Hans Meyer hatte anfangs bei Hermine nichts weniger denn ermutigende Erfolge aufzuweisen. Aber seine Mutter hoffte alles von der Ausdauer, die sie für eine der größten Tugenden hielt, und ließ ihn seine Bewerbungen fortsetzen. Zugleich sorgte sie dafür, daß Hermine als erzenträglich und herrschsüchtig verschrien würde, um andere Bewerber von ihr abzuschrecken, was ihr denn auch gelang.

Sie hatte schon so viel fertig gebracht; warum sollte es ihr nicht auch gelingen, diesen Goldfisch für ihren Hans einzufangen?

Da kam nun dieser Tischlergeselle und machte einen großen biden Strich mitten durch ihre Rechnung.

Deutsches Reich	4 800 000 Mann*)
Oesterreich-Ungarn	2 800 000 "
Italien	2 000 000 "
Frankreich	4 000 000 "
Rußland	3 000 000 "

Summa: 16 600 000 Mann.

Die englische Landmacht lassen wir außer Betracht, da sie in einem großen europäischen Kriege keine große Rolle spielen würde.

Die insgesamt mobilisierten Landstreitkräfte des Dreibundes und der Tripelentente sind also 14mal so groß als die 1870/71 von Deutschland im ganzen mobilisierte Wehrmacht. Nimmt man nun an, daß die Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands verhältnismäßig ebenso viel Verluste erleiden würden wie die Deutschen 1870/71, so ergeben sich folgende Zahlen:

Getötet: 14 × 1871 = 26 194 Offiziere, 14 × 26 397 = 369 558 Unteroffiziere und Mannschaften. Verwundet: 14 × 4184 = 58 576 Offiziere, 14 × 84 304 = 1 180 256 Unteroffiziere und Mannschaften.

Hinsichtlich der Verluste durch Seuchen wollen wir die seit 40 Jahren erfolgten Fortschritte der Medizin und Chemie beachten. Nimmt man an, daß Seuchen verhältnismäßig nur den dritten Teil der Opfer fordern würden, die sie 1870 auf deutscher Seite weggerafft haben, so bleibt noch immer folgendes Resultat: den Seuchen würden erliegen: 14 × 100 000 : 3 = (rund) 466 000 Mann.

Nun haben aber leider nicht nur die Chemie, die Medizin und andere Wissenschaften, sondern auch die Künste der Pulver- und Bleisultur seit 1870 kolossale Fortschritte gemacht. Auch wenn man voraussetzt, daß die Massenwirkung jetzt nur um die Hälfte größer ist als 1870, so ändern sich die obigen Zahlen der Getöteten und Verwundeten wie folgt:

Getötet (rund): 40 000 Offiziere, 554 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Verwundet (rund): 88 000 Offiziere, 1 780 000 Unteroffiziere und Mannschaften.

Von den Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands würden also durch die Waffen und durch Seuchen rund 1 060 000 Männer dem Tode verfallen und rund 1 868 000 Männer würden verwundet.

Diese Zahlen sind gewiß fürchtbar; aber niemand kann uns der Uebertreibung zeihen. Es ist nur zu sehr zu fürchten, daß unsere Schätzung zu optimistisch ist.

Solch wahnsinnige Opfer sollen die europäischen Kulturvölker bringen, weil etwa Serbien einen Haufen an der Adria erhält oder nicht, oder weil sich bei einer anderen Frage die Unfähigkeit der Diplomatie erweist. Hunderttausende von Familienvätern sollen erschossen, erschlagen werden, erbärmlich und hilflos sterben und Wunden davontragen! Ueberließe man einem ausnehmend bösen Narren die Herrschaft über Europa, so könnte er auch nichts Tolleres ausheben.

Nun noch eine kurze Bemerkung darüber, was die große europäische Massenschlächtereien allein für kriegerische Zwecke an Geld verschlänge. Die Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands würden zusammen, wie erwähnt, mindestens 16 600 000 Mann zählen. Da in einem modernen Kriege auf den Kopf der aufgebotenen Wehrmacht in Tage 6 Mark Kosten treffen, so ergibt sich eine tägliche Ausgabe von 99 600 000 Mark. In einem Monat sind 2 988 000 000 Mark, also nahezu 3 Milliarden jütisch, und bei einer nur viermonatigen Kriegsdauer wären rund 12 Milliarden verloren. Dazu kämen noch die unübersehbaren wirtschaftlichen Verluste.

*) Diese Schätzung ist, nebenbei erwähnt, zu niedrig. Bei einer Bevölkerungsanzahl kann das Deutsche Reich auch 10 % seiner Bevölkerungszahl aufbringen, also 6 600 000 Mann.

Glaubt wirklich jemand, daß eine derartige Katastrophe die jetzigen Staaten nicht ins Mark treffen würde?

Gewerkschaftsbewegung.

Bevorstehender Kampf im Saarrevier. Die gestern nachmittag unter Teilnahme von 359 Arbeiterdelegierten in Saarbrücken abgehaltene Revierkonferenz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter beschloß einstimmig unter Einhaltung der ordnungsmäßigen 14tägigen Kündigungsfrist, am 2. Januar in den Ausstand zu treten.

Die Saarbergleute beim Handelsminister. Eine Deputation christlicher Bergleute aus dem Saarrevier hatte, wie schon kurz berichtet, am Donnerstag eine Konferenz beim Handelsminister v. Sydow. Wie ein Telegraphenbureau berichtet, dauerte die Konferenz 5 1/2 Stunden. Die Bergarbeiter brachten zunächst die Wünsche der Arbeiter in bezug auf die neuen Bestimmungen der Arbeitsordnung und auf die Lohnverhältnisse vor. In Sachen der Arbeitsordnung wurden die einzelnen beanstandeten Bestimmungen durchgesprochen und dabei hervorgehoben, daß die einzige erhebliche Änderung in der zur Erfüllung eines alten Wunsches der Belegschaft angeordneten Verkürzung der Schichtzeit um zwei Jahre bestehe, wodurch der Staatskasse Mehraufwendungen im Betrage von etwa 1 1/2 Millionen Mark jährlich an Löhnen erwachsen. In allen übrigen Punkten handele es sich im wesentlichen nur um Fassungsänderungen, die an der bisherigen Handhabung der Arbeitsordnung nichts änderten. Von einigen weiteren von der königlichen Bergwerksdirektion beabsichtigten Änderungen habe diese bereits auf Wunsch der Arbeiterausschüsse Abtand genommen. Unter diesen Umständen müsse die am 1. Dezember d. J. in Kraft getretene Arbeitsordnung aufrecht erhalten werden. Es solle jedoch die Bedeutung der Arbeitsordnungsänderungen, soweit sie bisher zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hätten, noch einmal durch eine ausführliche Veröffentlichung klargestellt werden. In der Lohnfrage verweise der Minister auf die eingehenden Ausführungen, welche der Vorsitzende der Bergwerksdirektion den Arbeiterabgeordneten in der Besprechung vom 5. Dezember d. J. gemacht hatte, und hob besonders hervor, daß die Löhne schon seit Jahresfrist in fortwährendem Steigen begriffen seien und zurzeit den Höchststand früherer Jahre bereits wesentlich überschritten hätten. Überdies habe die Staatsbergwerksverwaltung die Absicht, bei gleichbleibender günstiger Konjunktur die Löhne auch weiter allmählich ansteigen zu lassen. Die weiterhin von den Abgeordneten vorgebrachten Einzelbeschwerden nahm der Minister mit der Bemerkung entgegen, daß sie bei ihrer Vorbringung im geordneten Instanzenzuge eingehend geprüft werden sollten. Dabei ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner von der staatlichen Bergwerksverwaltung loyal gehandhabt werden sollten, daß er aber andererseits ein entsprechendes Auftreten auch von der Arbeiterseite erwarre. Zum Schluß empfahl der Minister dringend den Abgeordneten, bei ihren Kameraden dahin zu wirken, daß die augenblicklich ohne sachlichen Grund erregte Belegschaft sich beruhige und sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreißt lasse. Das Ergebnis der Konferenz ist also für die Bergarbeiter ein wenig befriedigendes. Die Deputation wurde im wesentlichen von dem Minister mit leeren Versprechungen abgeholt. Bürgerliche Blätter wollen bereits wissen, daß der Streikausbruch im Saarrevier unvermeidlich ist. Eine Revierkonferenz des christlichen Gewerkschafts soll am Sonntag weitere Schritte beraten. Die gemeldete Streiklust der Christlichen erscheint als Junkerel, denn Ministerversprechungen und die nach der päpstlichen Enzyklika bestehende Aufsicht der Bischöfe wird die aufschäumende Streiklust der Christlichen beruhigen.

Dartnädige christliche Lügner. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß zwei christlich organisierte Bauarbeiter wegen Beleidigung des Angestellten der Zweigstelle Lüdenscheid des Bauarbeiterverbandes, Gen. Ferd. Schmidt, vom Schöffengericht zu 6 bzw. 10 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt wurden. Der eine von ihnen hatte behauptet, Schmidt habe bei einer Lohnbewegung deshalb für den Abschluß gemerkt, weil er von Unternehmern betrogen worden sei. Der andere Verurteilte hatte gesagt, Schmidt sei ein Lump, weil er hinter dem Rücken der Christlichen mit einem Unternehmer verhandelt habe. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Behauptungen der beiden Christen un-

zutreffend waren. Kaum war das Urteil gegen die beiden Verleumder in der Presse veröffentlicht, so machte eine Notiz die Kunde durch die westdeutsche Zentrums-Presse, in der es unter anderem hieß, beide Verurteilte seien nur wegen formaler Beleidigung bestraft, es sei vor Gericht bewiesen, daß Schmidt hinter dem Rücken der christlichen Organisation verhandelt habe, ohne diese vorher zu benachrichtigen. Diese neueste Verleumdung wird am zutreffendsten abgefertigt durch das jetzt schriftlich vorliegende Urteil. Dieses Urteil sagt, daß beide Angeklagte wegen Verleumdung der christlichen Belegschaft verurteilt worden seien. Weiter heißt es dann: „Nichts hat sich dafür ergeben, daß der Privatkläger eigenmächtig, heimlich vor den Vertretern der christlichen Bauarbeiter mit dem v. Kirchhoff (so heißt der betr. Unternehmer) vereinbart hätte, daß die sämtlichen Bauarbeiter die Arbeit bei diesem wieder aufnehmen sollten, oder gar zu einer solchen Vereinbarung durch ein Entgelt der Bauunternehmer bestimmt wäre.“ — Ob jetzt, wo das schriftliche Urteil die Zentrums-Presse zum zweitenmal Lügen straft, die Verleumdungen noch weiter verbreitet werden?

Der Bund der Landwirte ist auf die Gewerkschaften faßlos. Die eigentlichen Bundesorgane der reaktionärsten aller Unternehmerorganisationen sind mitunter recht offenerherzig. Wohl auch in der Voraussetzung, daß sie im großen und ganzen nur von den Mitgliedern gelesen werden. Wenn das nicht angenommen würde, wäre eine Klage des Bundes resp. seiner örtlichen Leitungen und besonders eifriger Bundesmitglieder, über die schlechten Zähler wohl kaum so ehrlich veröffentlicht worden. In der eben erschienenen Nummer des Bundes der Landwirte für Ostpreußen wird davon geschrieben, daß die lumpigen drei Mark Jahresbeitrag für den Bund der Landwirte von vielen Landwirten nicht gezahlt würden. Die zwar organisierten aber doch nicht zahlenden Bündler werden auf die christlichen Vereine hingewiesen, die das Doppelte, nämlich sechs Mark pro Jahr forderten. Dann heißt es weiter, daß man von der Opferwilligkeit der freigeordneten Arbeiter, die im Durchschnitt 30 Mark pro Jahr an ihre Organisationen zahlen, garnicht sprechen dürfe. Wenigstens nicht im Vergleich zu den Leitungen oder ober richtiger Nichtleistungen der Mitglieder des Bundes der Landwirte. Ja, meine Herren, nachmachen! Der ärmste Arbeiter opfert für seine Klassenossen, für die Hebung seines Standes mehr als zehn Bündler! Auch ein solches Charakteristikum unserer Zeit. Ein Zeichen dafür, wo die Ideale, die Begeisterung für das Kulturstreben der Masse zu finden ist.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Essen entfielen auf die freien Gewerkschaften 8302, auf die christlichen Gewerkschaften 7165, auf die Gelben 2431 und auf die Polen 418 Stimmen. Die Abstimmung erfolgt nach dem System der gebundenen Listen bei Anwendung der Proporzwahl. Die freien Gewerkschaften erhalten 10, die christlichen 8 und die Gelben 2 Mandate. Die Polen fallen bei der Mandatsverteilung aus. Während die Stimmenzahl der freien und der christlichen Gewerkschaften zunahm, fiel die der Gelben. Bei den ungeheuren Anstrengungen der Firma Krupp in der Aufzucht der Gelben bedeutet das für die Gelben ein ganz beträchtliches Fiasko. Die Firma Krupp läßt sich übrigens die Leitung der Gelben etwas kosten. Sie besoldet einen Direktionsbeamten eigens zur Leitung der gelben Bewegung und stellt die Bureauräume gratis zur Verfügung.

Von der Metallarbeiterausperrung in Menden. Da die katholischen Metallindustriellen in Menden mit ihrer proletarischen Glaubensgenossen genau so umspringen, wie das sonst die Unternehmer tun, beweisen sie dadurch, daß auch bei diesem Kampf wieder dafür gesorgt haben, daß Gendarmen in großer Zahl anrücken und durch die Straße patrouillieren. Offentlich kommt es nicht wieder zu einer Straßenschlacht nach Moabiter Muster, wie sie die Arbeiter im vorigen Jahre erleben mußten. Die Industriellen haben den Arbeitern einen Fiebers vorgelegt, nach dessen Unterzeichnung ihnen für die Dauer der Gesamtausperrung eine Unterstützung gewährt werden soll, die höher als die Streikunterstützung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist. Der Revers enthält die Versicherung, daß der Unterzeichnete keinerlei Unterstützung an Ausgesperrte, Streikende oder deren Vereinigung zahlt, sich seiner Firma zur Verfügung hält, keine andere Beschäftigung annimmt und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnimmt. Selbstverständlich enthält der Revers auch die Versicherung, daß der Unterzeichnete keiner Arbeiterorganisation angehört. Die Unternehmerorganisation hat, wie sie Donnerstag mit einem durch Anschlag bekannt machte, beschlossen, daß alle Arbeiter

Erbin, hat sich mit einem ganz gewöhnlichen Menschen, mit einem Tischlergehilfen, verlobt.

Damit waren die Schenken geöffnet, und alle fielen zunächst über die arme Hermine her.

Die war immer zu toll und unüberlegten Streichen veranlagt, meinte die Frau Hofmeister. „Mir ehnte schon längst, daß das Mädchen noch auf Abwege geraten würde.“

„Man hätte das Mädchen beiseiten unter die Haube bringen sollen,“ sagte Frau Meyer mit der Gebärde einer Weltweisen.

„Ja,“ brach Frau Silberstein, die überreife und noch zu habende Schwester des Bankiers gleichen Namens, „es hat sich noch niemand erlaubt um sie bemüht.“ Und sie lachte schrill auf, während die Tafelrunde sich hellte, als glaube man diese handgreifliche Lage.

„Sie ist eben auch nicht gerade schön!“ meinte eine langnackige Professorin. „Eine Stampinai.“

Nun war das richtige Thema angeschlagen. Die Verdichte fielen hegelnd über allen Seiten.

„Falsche Zähne hat sie auch. Das Gebiß hat über hundert Mark gekostet; sie hat es sich bei einem Berliner Zahnkünstler einlegen lassen.“

„Ihre Haare färbt sie mit einer Pariser Tinktur! Wenn man morgens zu ihr kommt, so riecht es im ganzen Hause sehr stark darnach!“

„Sie hat einen Gemütskur!“

„Ihre Schalter und Arme sollen ganz voll von häßlichen Muttermalen sein.“

„Ah, hier es gleich,“ darnach betasteten sie sich niemals recht, wenn sie an den Fall geht.“

„Als Tischlerstau wird sie auf keine Halle mehr gehen.“

„Dann kann sie wieder auf den gemeinen Mastenball in der Waldheide vor der Stadt.“

„Ja ja, im vorigen Jahr. Es war ein Kavaliere aus dem achtzehnten Jahrhundert dort, und die Herren weiteten darauf, es sei Hermine Tischler gewesen.“

„Natürlich, in Wirklichkeit — — —“

„Soweit hatten sich die Legenden mit unglaublicher Schnelligkeit wie ein dichter undurchdringlicher Nebel um die unglückliche Hermine gebildet. Mit den Waden, die ausgeschöpft gewesen sein sollten, war aber ein ganz besonderes Thema angeschlagen, und die Sache spann sich lustig weiter.“

„Fuß“, meinte die Hofrätin, die weithin einen mittelalterlichen Kosmosgeruch verbreitete, „da muß sie sich von dem Menschen unarmen lassen, der nach Postur und allerlei Substanzen riecht.“

„Das wäre noch zu ertragen,“ meinte eine Kaufmannsfrau, die der Hofrätin nicht hold war, „der Holzgeruch ist ein natürlicher und schließlich nicht so schlimm, als die künstlichen Wohlgerüche.“

„Impertinent,“ knirschte die Hofrätin in sich hinein.

„Aber sie muß sich von dem Menschen küssen lassen, der wie fast alle Arbeiter täglich einen halben Liter Schnaps trinkt.“

„Ja, ganz ordinären Fusel.“

„Fuß“, rief eine nervöse Landgerichtsrätin und hielt sich ihr Kläppchen unter die Nase. „Trinkt er wirklich so viel Schnaps?“

„Gewiß,“ bestätigte Fräulein Silberstein. Sie war eine von denen, die alles ganz genau wissen.

„Und mit dem Mann muß sie künftig ihr Schlafgemach teilen,“ bedauerte eine üppige brünette Medizinalratswitwe, „muß.“

Ein allgemeines Gelächter ging los und man merkte wohl, daß die verehrliche Gesellschaft, Frauen und Jungfrauen, sehr gut erzieht, was die Medizinalrätin nicht aussprach.

Da erhob sich inmitten des allgemeinen Gelächters eine lange und dünne Gestalt; dies war die fromme Jungfrau Meta Knoll, die Vorpreslerin des Vereins für verfallene Arme. Sie war den Fräuleinern nahe und hatte den irdischen Freuden, soweit sie sich auf die Zuneigung zum andern Geschlecht beziehen, wohl für immer entjagt. Sie schlug die Augen gen Himmel empor und rief mit wehmütiger Stimme:

„Ach uns! Wohin sind wir gekommen, wenn die Weltfänder angefaßt und angezogen solche Reden führen können! Schon lange ist es wie auf Kohlen; jetzt aber halt ich's nicht länger aus.“

„Wir sind hier unter uns Pfarrerstöckern!“ rief es herüber.

„Setzt zu, auf daß ihr nicht in Anfechtung fallet,“ rief Meta Knoll mit kläglichem Stimm, „spricht nicht vor leeren Ohren von solchen Dingen; wer gern ausgiebig redet, dem halt ich alsbald die Perlschnur.“ Ah, ich rede nicht gern über mich und meinem Mädchen. Über Hermine Tischler

hat noch viel Schlimmeres zu gewärtigen, als Ihr allzu glaubt. Wenn sie nicht beiseiten Umkehr macht, so ist ihr unsterbliche Seele verloren.“

„Wie?“ fragte Frau Meyer einigermaßen erstaunt.

„Sie hat sich mit schlechter Lektüre verdorben, mit den Büchern freigeistiger und lehrerischer Philosophen, sie hat sich schauungen, ganz anders als einer frommen Jungfrau ziemt, sie geht selten zur Kirche.“

„Ach,“ meinte die Medizinalrätin, „daher bläst der Wind!“

„Und nun fällt sie in die Hände eines Mannes, der Schnaps trinkt, also nur ein Verberberter und Gottlofer sein kann!“ jammerte Meta Knoll weiter.

Die Medizinalrätin, die etwas ärgerlich war, da sie in der Jungfrau Meta Knoll sehr schlecht stand, warf ein:

„Wenn Hermine Tischler wirklich die Untugenden hat, die hier alle aufgezehrt worden sind, dann brauchen wir gar nicht mehr zu ereifern über die Heirat. Dann wird der arme Tischlergehilfe sehr übel daran sein mit einer solchen Frau und wird recht schlimme Enttäuschungen erleben.“

„Er braucht jetzt nur noch launisch und zänkisch zu sein; dann hat der arme Mensch die Hölle auf Erden und muß täglich ein ganzes Liter Schnaps trinken, um sich für seinen häuslichen Jammer zu entschädigen und ihn im Schnapsrausch zu vergessen.“

„Jaja, Sie haben ganz recht,“ meinte die langnackige Professorin. „Es wäre für einen feinen und gebildeten Mann ein Unglück, wenn er eine Frau mit solchen Eigenschaften bekäme. Darum ist es ganz recht, wenn ein gewöhnlicher Arbeiter sich dazu hergibt.“

Jetzt aber flog ein grimmiges Zucken über das Gesicht der Frau Meyer.

„Da sollten wir ruhig zusehen, wie der Tischlergehilfe unserer Stadt eine reiche Erbin wegführt? Nein, ein tausendmal nein, wir wollen alles daran setzen, dem Fräulein Hermine Tischler ihre abenteuerlichen Ideen aus dem Kopf zu treiben!“

„Wir wollen alles daran setzen!“ echote die Tafelrunde, denn Frau Meyer hatte ihren sicheren Anhang hier.

„Mein selbiger Mann,“ fuhr sie fort, „der pflegte immer zu sagen: „Das decorum muß gewahrt werden!“ Das ist ein weiser Spruch und drum hab' ich ihm strengstens verboten gehabt, daß er zu Fuß nach Hause gehen sollte, wenn er sich im Ratskeller ein Rauschlein angetrunken hatte; schied dann unsere Equipage.“

„Ganz recht,“ meinte die Professorin. (Fortsetzung folgt)

die den Reviers unterschrieben haben, bei einjähriger Kündigung sofort anfangen könnten. In dem Anschlag heißt es weiter, daß der Kampf so lange fortgehe, bis der christliche Metallarbeiterverband die Sperre über die Firma Schröder aufgehoben habe. In einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, die Donnerstag nachmittag in Menden stattfand und von 800 bis 1000 Personen besucht war, erklärte der Bezirksleiter der Christlichen, Hirtfelder-Eisen, daß der christliche Metallarbeiterverband garnicht daran denke, die Sperre über die Firma Schmole u. Co. aufzuheben. Der örtliche Angestellte des christlichen Metallarbeiterverbandes teilte in der gleichen Versammlung mit, daß noch über 2000 Arbeiter ausgesperrt seien. Die Unternehmer behaupten, daß 1600 Arbeiter des Reviers unterzeichnet haben. Das ist natürlich nicht glaublich.

Aus der Arbeiter-Internationale.

Italien. Das Blatt „Internationale“ der italienischen Revolutionäre feierte kürzlich sein fünfjähriges Bestehen. In dieser Zeit hat es 41 Verurteilungen zu insgesamt 34 Jahren, 2 Monaten und 4 Tagen Gefängnis und 17 600 Lire Geldstrafen erlebt. Eine tausendjährige Geschichte hat auch in Italien nur die Formen der Unterdrückung geändert. Ziel und Brutalität sind dieselben geblieben.

Schweiz. Nach einem Berichte des Sekretariats der Schweizer Landwirte sind von 243 710 organisationsfähigen Landwirten organisiert: in Milchbetriebsgenossenschaften 140 471, in Tierzuchtvereinen 78 904, in Vereinen der Fruchtproduzenten 9326, in Vereinen der Weinbauer 4956, zusammen 233 687 oder 96 % aller Organisationsfähigen. Ihre Gesamtinteressen werden durch ein gemeinsames Sekretariat vertreten. Diese sehr reichen Zahlen machen den ungeheuren Einfluß der Schweizer Landwirte auf das öffentliche Leben verständlich.

Frankreich. Eine von 3000 Pariser Bankbeamten besuchte Versammlung beschloß, in eine energische Bewegung zur Eringung besserer Bezahlung und Gründung einer Pensionskasse einzutreten. Die Gewerkschaften der Bankbeamten gehören der französischen Gewerkschaftszentrale an. — Das Tageblatt der Syndikalistik veröffentlicht eine Aufstellung, wonach in den Monaten Juli, August und September ein Verkauf von 23 6000, 25 2000 bzw. 27 000 Exemplaren durchschnittlich pro Tag erzielt wurde, während in der gleichen Zeit 14 800, 12 600 bzw. 13 600 Exemplare täglich als un verkauft zurückgenommen werden mußten. Die Zahl der festen Abonnenten betrug in den drei genannten Monaten 1790, 1845 bzw. 2122. Daß ein Arbeiterblatt unter solchen Umständen ungeheure Opfer der direkt engagierten Teile erfordert, ist leicht verständlich. — Von den Pariser Buchdruckern konnten schon 3300 in solchen Betrieben, wo ihre Forderungen anerkannt wurden, die Arbeit fortsetzen bzw. wieder aufnehmen; 800 streiken noch. — Allen Gewerkschaften, die den Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses (gegen den Krieg) in ihren Versammlungen behandeln wollten, wurde verboten, das in den Sälen der Arbeiterbörse zu tun, die bekanntlich der Stadt gehört.

Holland. Der Streik der Zigarrenmacher wurde mit gutem Erfolge in Amsterdam beendet; nur in der Provinz konnte nicht viel erzielt werden, da die katholische Gewerkschaft allein die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß. — Auf dem kürzlich in Rotterdam stattgefundenen Kongresse der christlichen Gewerkschaften wurden heftige Anklagen gegen die Leiter der „katholischen“ Gewerkschaften erhoben, besonders gegen die Bischöfe, deren Befehl zum Austritt aus den interprofessionellen und Übertritt in die katholischen Gewerkschaften die christliche Gewerkschaftsbewegung zu ruinieren droht.

Spanien. Auch in den südlichen Provinzen ist eine Einigung der Eisenbahner mit den Gesellschaften zustande gekommen, jedoch der Generalkrieg jetzt allgemein beendet ist. Eine große Anzahl von Verhaftungen aus Anlaß des Streiks jedoch wird immer noch aufrecht erhalten.

Ungarn. Ein neues Gesetz zur Erdrösselung der Arbeiterbewegung wurde von den Regierungen dem österreichischen wie auch dem ungarischen Parlamente vorgelegt. Danach erhält das Ministerium im Kriegs- oder Mobilisierungsfalle vollständige Diktatorengewalt, kann u. a. zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke alle arbeitsfähigen Männer bis zu 50 Jahren heranziehen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit einschränken, die Verbreitung von Druckschriften verbieten. Teilnahme an Arbeitsniederlegungen kann dann mit Kerkerstrafen bis zu 3 Jahren, die Anstiftung dazu mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden. Und den so behandelten Arbeitern mutet man noch zu, Patrioten zu sein und ihren Peinigern auch weiterhin die Möglichkeit zu ihrer wahnwitzigen Kriegshege zu schaffen.

England. Der „Daily Citizen“, das Tageblatt der Arbeiterpartei, wird vom 16. Dezember ab in Manchester und London zugleich gedruckt werden. — Die englischen Genossenschaften (ohne Irland) hatten Ende 1911 insgesamt 2 683 000 Mitglieder bei einem Kapitalbestande von über einer Milliarde und einem Jahresumsatz von über 2,7 Milliarden Mark. Der Gewinn betrug im Jahre 1911 über eine viertel Milliarde Mark. Insgesamt waren 127 000 Personen in Genossenschaftsbetrieben beschäftigt. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre um fast 100 000. — Auf der bekannten Schiffswerft Widars streikten 1600 Arbeiter wegen Grenzstreitigkeiten zwischen Kesselschmiedern und Zimmerern. — Im Januar nächsten Jahres soll ein außerordentlicher Kongreß des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei stattfinden, um zu dem „Gewerkschaftsgesetz“ Stellung zu nehmen, das die Regierung dem Parlamente vorgelegt hat. Nach diesem Gesetze können Gewerkschaften sich an Politik beteiligen, wenn die Mehrheit der Mitglieder so beschließt. Sie können dann dafür Extrabeträge erheben oder ordentliche Beiträge dafür verwenden, doch hat das einzelne Mitglied, das Gegner der politischen Arbeiterbewegung ist, das Recht, die Zahlung des Beitragssteiles, der für politische Zwecke verwandt wird, zu verweigern. — Die angeblich „im Interesse der Disziplin“ erfolgte Strafverurteilung eines Zugführers, der außerhalb des Dienstes betrunken gewesen sein soll, hat ganz plötzlich einen ausgedehnten Streik auf der „Great Eastern“ zur Folge gehabt, der dort fast jeden Verkehr stilllegte. — Eine besondere Konferenz der schottischen Konsumgenossenschaften und der Organisation der kleinen Landwirte beschloß Ausdehnung der Konsumgenossenschaften auf das flache Land, um zugleich alle landwirtschaftlichen Produkte direkt vom Produzenten eintauschen zu können. — Eine Konferenz der berichtigten Unternehmerorganisation „Shipping Federation“ beschloß, daß ab 1. Januar 1913 eine allgemeine Lohnerhöhung für Seeleute einzutreten müsse. Die neue Lohnabmachung der Seeleute scheint die Herren also schon arg zu beunruhigen.

Japan. Eine besondere Gesellschaft hat sich in Tokio gebildet, die auswanderungslustigen Landarbeitern behilflich sein will. Mit Behörden und Unternehmern in Brasilien und in Neu-Caledonien sind schon Vereinbarungen getroffen, wonach je 3000 Landarbeiter im nächsten Jahre in diese Länder exportiert werden sollen. Wie die japanische Presse meldet, will die Gesellschaft jedem Trupp einen Prediger mitgeben und für gute Unterhaltung der Arbeiter in

der Ferne sorgen, damit die früheren üblen Erfahrungen mit Japanern im Auslande sich nicht wiederholen.

Vereinigte Staaten. In Rochester im Staate New York fand der Jahreskongreß des Gewerkschaftsbundes statt, auf dem 375 Delegierte 1 770 000 Mitglieder vertraten gegen 1 760 000 im Vorjahre. Bei den Vorstandswahlen hatten die Sozialisten den bisherigen Leitern diesmal Gegenkandidaten entgegengesetzt. Als Präsident erhielt Gompers rund 12 000, sein jöz. Gegenkandidat über 5000 Stimmen. Ähnlich war das Stimmverhältnis bei den anderen Wahlen. Der Bericht über die politische Haltung des Gewerkschaftsbundes wurde nach heftiger Diskussion mit 166 gegen 43 Stimmen gutgeheißen. — Das englische Abendblatt der Sozialistischen Partei in Chicago gab seit dem dortigen Streik in den großen Druckereien eine besondere Morgen- und 5 bis 7 Ausgaben im Laufe des Tages heraus. Da alle anderen englischen Tageszeitungen vom Gewerkschaftsstrikt boykottiert waren, brachte das sozialistische Blatt es auf eine Tagesauflage von über 300 000 Exemplaren. Ein scharf durchgeführter Inseratenboykott der großen Geschäftsleute aber hatte das Blatt zum Eingehen gezwungen. Es erscheint jetzt wieder als Abendblatt.

Australien. Sogar in Papua macht eine Organisation der Weißen rasche Fortschritte, welche eine konstitutionelle Regierungsform verlangt. Jetzt werden die Mitglieder der Regierung vom Gouverneur einfach ernannt, wie in Rußland und Deutschland, doch hoffen die Papuas das mit Hilfe der australischen Arbeiterpartei ändern zu können.

Aus der Jugendbewegung.

Merkwürdige Jugendpflege. Die bürgerliche Jugendfürsorge, die unter der Obhut von Staatsanwälten, Landräten und Gerichtspräsidenten sich betätigt, schlägt immer merkwürdigere Wege ein. So wurde in der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge jetzt ein Antrag angenommen, der die gesetzgebenden Körperschaften auffordert, für alle jungen Leute, die Arbeiter werden wollen, eine zwangsmäßige einjährige Lehrzeit einzuführen. Der Zentralgewerbeverein für Schlesien, dem der Antrag zur Begutachtung überwiesen wurde, findet den Gedanken „sehr beachtenswert“, nur glaubt er nicht an die Zustimmung des Reichstages und findet auch andere praktische Schwierigkeiten vorliegend. Doch soll die Sache weiter verfolgt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein netter Gefekeshüter. Am 26. April laufenden Jahres rempelte der Schuhmann Karl Angelbauer in Essen auf der Straße den Fuhrmann Habeth an. Habeth protestierte. Darauf zog der Beamte ohne weiteres seinen Säbel und versetzte dem Fuhrmann einen wuchtigen Schlag auf die linke Stirnseite. Beide kamen dann ins Ringen. Inzwischen war auch der Hilfschuhmann Wolf hinzugekommen, der in Gemeinschaft mit Angelbauer den stark blutenden Habeth zur Wache brachte. Auf dem Wege zur Wache äußerte Angelbauer noch zu Habeth: „Verfluchter Drecksack, Lump, laß uns nur auf die Wache kommen!“ Vor der Tür des Wachtlozals hat dann der Beamte dem Habeth auch noch mit der eisernen Kette einen Schlag verjagt. Nach preussischem Brauch kam aber nicht der prägelnde Schuhmann auf die Anklagebank, sondern der blutig geschlagene Habeth. Diesmal ging jedoch die Ablicht des Volkes zuschanden, Habeth wurde von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt am 24. Juli freigesprochen und nur wegen einer Abertretung zu 6 Wk. verurteilt. Jetzt erst nahm sich der Staatsanwalt den Schuhmann vor und das Gericht verurteilte ihn wegen seines Erzesses zu 100 Wk. Geldstrafe. Ein sehr gelindes Urteil!

Ein trauriges Sittenbild aus Bürgel bei Offenbach wurde dieser Tage vor der Darmstädter Strafkammer entführt. Nicht weniger als 9 Männer, im Alter von 19—71 Jahren, von denen 7 verheiratet sind, hatten sich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten. Es waren zirkla 15 Personen, darunter 7 jugendliche Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren als Zeugen geladen, an denen sich die Angeklagten in den letzten Jahren vergangen haben. Die meisten Angeklagten waren geständig, deshalb wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt, zudem einige der Mädchen sittlich derart verkommen waren (Was uns in diesem Falle nicht verwunderlich erscheint. Red.), daß sie sich den Angeklagten gegen Entgelt von selbst anboten. Die Hauptschuld an den Vorkommnissen trägt der 45 Jahre alte verheiratete Schuldner Martin Blank, dessen Frau die Aufsicht über die dortige Babeanstalt hatte und deren Stelle der Ehemann versah (!), wobei er nicht nur selbst Gelegenheit hatte, sich an den Mädchen zu vergehen, sondern diese auch den übrigen Angeklagten zuzuführen und Gelegenheiten hatte zu vermitteln. Am meisten belastet ist der 71 Jahre alte, wegen Sittlichkeitsverbrechens zuletzt mit 3 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Händler H. Hartwig. Er wurde zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Weiter erhielten der Handlungsgehilfe Peter Ignaz Neß II., 26 Jahre alt, 1 Jahr 3 Monate, der Schuldner Martin Blank, 45 Jahre alt, 1 Jahr 3 Monate, der Schuldner Emil Schmidt, 41 Jahre alt, je 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, der Fuhrmann Heinrich Schäfer, 35 Jahre alt, der Baukontrolleur F. R. Weber, 41 Jahre alt, je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, der Friseur Jakob Neß, 30 Jahre alt, 11 Monate, der Arbeiter H. Anthes 10 Monate und der Arbeiter Richard Marttgraf 6 Monate Gefängnis.

General und Gerichtsvollzieher. Im April d. J. hatte der Gerichtsvollzieher Lahmann in Hannover den Auftrag, in der Wohnung des Generalleutnants J. D. Karl von Schmidt eine Zwangsvollstreckung gegen dessen bei diesem auf Besuch weilende Tochter, die besonders als Hausdame in Hamburg umfangreiche Schulden kontrahiert hatte, durchzuführen. Nach zwei vergeblichen Versuchen des Beamten, den Generalleutnant in der Angelegenheit sprechen zu können, gelang es ihm, am 19. April, als gerade ein Leutnant die Wohnung des Generalleutnants verließ, an dem Leutnant vorbei auf den Vorplatz der Wohnung zu kommen. Hier stieg er mit dem Generalleutnant v. Schmidt zusammen, der ihm das Betreten der Wohnräume untersagte. Dabei gab es eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf Generalleutnant von Schmidt sehr erregt wurde und den Beamten empfindlich beleidigt, sowie ihm gedroht haben soll, ihn mit dem Säbel zu durchstechen. Jedenfalls hat Gerichtsvollzieher Lahmann, ein anerkannt ruhiger Mann, aus dieser Auffassung des Vorfalls Strafanzeige wegen Beleidigung, Bedrohung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt erstattet, wie er später die Zwangsvollstreckung gegen die Tochter des Generalleutnants unangefochten völlig durchführte. Vom Kriegsgesetz der 19. Division wurde gegen den Generalleutnant v. Schmidt nur wegen Beleidigung und Bedrohung Anklage erhoben. Für die Hauptverhandlung am 13. Dezember waren in Gemäßheit des Dienstreglements des Angeklagten ein General, zwei Generalleutnants und ein Gene-

ralmajor als Richter berufen, den Vorsitz führte der kommandierende General des 4. Armeekorps, General der Infanterie Sixt v. Arnim, Verhandlungsleiter war Kriegesgerichtsrat Mahnkopf, Vertreter der Anklage Kriegesgerichtsrats Fuchs, Verteidiger Rechtsanwalt Behrmann. Nach mehr als vierstündiger Verhandlung, für die wegen Befürchtung einer Gefährdung militärischer Interessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, verurteilte das Kriegesgericht den Generalleutnant von Schmidt unter Schuldisprechung im Sinne der Anklage zu insgesamt — 50 Wk. Geldstrafe, an deren Stelle im Unvermögensfalle 5 Tage Haft treten sollen. Für die Verkündung der Urteilsgründe wurde wieder um die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da das Gericht auch hier eine Gefährdung militärischer Interessen befürchtete. (!) — Eine milde Strafe für schwere Beleidigung und Bedrohung.

Ein Gespräch auf der Straße.

Zwei Männer verließen die Kriegsmarineausstellung und gingen langsamen Schrittes zur Stadt zurück.

Es ist ein erhebendes Gefühl, sagte der eine, zu wissen, daß Deutschland nach außen hin stark und mächtig ist. Das danken wir unserer Beharrlichkeit und nicht zuletzt unserer stätlichen Flotte.

Der andere entgegnete: Deutschland hat seine innere Kraft und seine Bedeutung in der Welt durch die Arbeit seiner Bürger errungen. Nur im friedlichen Wettbewerb der Völker kann die Kultur wahrhaft gedeihen und vorwärtsschreiten. Aber um seine Kultur zu erhalten, die es in langen Friedensjahren geschaffen, muß Deutschland gegen feindliche Ueberfälle gerüstet sein und darum ist es gut, daß die Rüstungen auf ein hohes Maß gebracht und entsprechend der Rüstung des Feindes fortgesetzt gesteigert werden.

Genau so sagen unsere Nachbarvölker, erwiderte der andere, und da sie Deutschland bis an die Zähne in Waffen starren sehen, rüsten auch sie. — Das fordert ungeheure Opfer!

Aber das deutsche Volk leistet die Opfer gern, um sein Eigentum vor dem Feinde zu schützen.

Da hub der andere eindringlich zu reden an: Viele Tausende von Familienvätern haben ein Einkommen von 20 Mark in der Woche. Davon sollen sie Wohnungsmiete bezahlen, denn sie haben kein Haus; davon sollen sie ihre Familie nähren und kleiden. Das Geld reicht nicht aus, darum müssen auch die Mütter in die Fabriken, sie können nicht daheim sein und den Haushalt führen und die Kinder erziehen; selbst Kinder müssen mit Geld verdienen: für viele Stunden Arbeit einer ganzen Woche bekommen sie eine Mark. Da krampft sich einem das Herz im Leibe zusammen. Unter der wirtschaftlichen Not liegt die Häuslichkeit ganz darnieder. Das vielbesungene deutsche Heim ist zur Wohnung für die Armut und Sorge geworden. Viele, viele können sich nicht satt essen. Kinder franken schon im Mutterleibe und sterben früh. Diese Kultur soll der Deutsche mit seinem Herzblute verteidigen und soll in seiner Armut auch noch das Geld ausbringen, um Heer und Marine zu erhalten.

Du magst zu schwarz, sagte der Rüstungsschwärmer.

Nein! schrie der Arbeiter auf. Er blätterte in einem Notizbuch und sagte: Von 14 400 000 Personen in Preußen, die im Jahre 1909 ein eigenes Einkommen hatten, gab es 8 300 000, die nicht einmal 900 Mark im Jahre verdienen; das sind 17½ Mark in der Woche. Weitere 3 500 000 verdienen 900 bis 1500 Mark im Jahre; also 84 Prozent der Bevölkerung Preußens hatten kaum das nackte Sattessen. Und das, obgleich sich in den letzten 16 Jahren das steuerfähige Vermögen von rund 62 auf 101 Milliarden, also um rund 39 Milliarden vermehrt hatte. Dieser Zuwachs ist nicht in den Geldschränken der Arbeiter zu suchen. Über dieses Kapital mit Kriegsschiffen und starken Heeren vor einem Feinde zu schützen, mögen die Besitzenden für notwendig halten — doch sie zahlen die Kosten nicht, sondern die Masse des Volkes muß dafür bluten. Und wie die Vermögensverhältnisse in Preußen sind, so ist es auch anderswo. Das Volk hat die vielen Millionen für die Rüstungen in Form von indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben zu zahlen, die das Reich auf die Nahrungsmittel gelegt hat und die die Arbeiterfamilie mit jedem Bissen, den sie isst, mitbezahlen muß. Man hat ausgerechnet, daß eine Familie mit drei Kindern allein für die Zwecke des Militärs jährlich 120 Mark opfert.

Es liegt was Wahres in deinen Worten, sagte der andere. Und da er ferner schwieg, fuhr der Arbeiter fort: Wir haben die Modelle der großen Kriegsschiffe gesehen. Ein einziges der größten Schachtschiffe kostet mit der Ausrüstung 45 800 000 Mark. Der Marineetat für 1912 stellt sich in Deutschland auf 450 Millionen Mark. Für Landheer und Marine bezifferten sich die Ausgaben im Jahre 1910 auf 2250 Millionen. Und die Summen für die Rüstung steigen von Jahr zu Jahr rapid. Wohin soll das führen? Das Weltvermögen der Völker ist ein Verbrechen. Was könnte für das Geld, in Kulturwerten angelegt, für die Menschheit geschaffen werden! Und wach enorme Werte gehen dem Volke verloren, denken wir nur daran, daß allein der militärische Mannschaftsbestand in Deutschland 626 700 Mann beträgt, die vom Volke erhalten werden müssen.

Wir erleben schauernd den juchzenden Massenmord auf dem Balkan. Wie welches Gras werden die Menschen hingemäht und die Kultur von Jahrhunderten wird in Trümmer gestampft. . . .

Oh! Die Menschheit könne von diesem Wahnsinn nie kuriert werden? Die Völker reichen sich die Hände. Nicht die Besitzenden, die zu immer neuer Rüstung treiben und in ihrer kapitalistischen Wertepolitik immer neue internationale Konfliktmöglichkeiten schaffen, auch nicht die Diplomaten, die mit den Geschicken der Völker Würfel spielen. Wenn aber die Arbeiter aller Länder, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, nicht mehr gewillt sind, sich von den Mächtigen der Erde wie Hammelsherden auf das Mordfeld führen zu lassen, wenn sie, ihrer Menschenwürde sich bewußt, sich weigern ihre Brüder jenseits der Grenze niederzuliegen, die sie im Leben nie gesehen, die ihnen nie etwas zuleide getan haben, dann ist der Weltfriede da und ein neues Leben erfüllt die Erde.

Er schwieg. Der andere ging schweigend an seiner Seite. Ich konnte den beiden nicht länger folgen. Da hörte ich den im Stehtragen noch fragen: Was sagte der Kapitän von dem Torpedo?

Und der Arbeiter gab zur Antwort: Ein einziger Schuß von dem größten, ganz modernen Torpedo kostet 18 000 Mark. Achtzehntausend Mark!

Und ein Maschinengewehr gibt 600 Schuß ab in der Minute.

Der Rüstungsschwärmer war nachdenklich geworden. Die vielen Menschen, sagte er nur — die vielen Menschen! Und alle sind Gottes Kinder, wie die Herren Pastoren sagen.

Aus Nah und Fern.

Zum Kapitel „Gefinnungsschnüffler in Kriegervereinen“. Im Militärverein zu Rommenau (Schlesien) ist man schon seit der letzten Reichstagswahl bestrebt, die wenigen Mitglieder, die „anzüchtig“ sind, bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt zu haben, hinauszubehalten. Weiber jagen die verdächtigen Mitglieder nicht alle die Konsequenzen, und so erhielten einige von ihnen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt: „Ich erkläre hiermit, daß ich ein treues und tapferes Mitglied des R. S. Militärvereins zu Rommenau bin und keinerlei sozialdemokratische Bestrebungen unterstütze!“ — Die Arbeiter wiesen diese Zumutung zurück und traten aus dem Militärverein aus. — Der Militärvereinsbund in Puzkau gab in seiner letzten Mitgliederversammlung die Parole aus, daß kein Mitglied einem Konsumverein angehören dürfe, weil dem Konsumverein auch Sozialdemokraten angehören. Wenn jemand dem Konsumverein angehört, so habe er sofort entweder aus diesem oder aber aus dem Bunde auszutreten, andernfalls er gestrichelt würde. — So sehen die politisch und wirtschaftlich neutralen Militär- und Kriegervereine aus. Ein Arbeiter sollte daraus die notwendigen Lehren ziehen.

Spatenstich zum zweiten Simplontunnel. In Brig wurde in Gegenwart der Schweizer Simplontunnelkommission der erste Spatenstich zum Ausbau des zweiten Simplontunnels getan. Der Bau erfolgt durch die Bundesbahnen. Für die Bauzeit bis zur Betriebsöffnung sind vier Jahre vorgesehen. Die Gesamtkosten betragen etwa 36 Millionen Francs.

Zwei Kassenbeamte von maskierten Räubern beraubt. Die Räuberbanden, die schon seit geraumer Zeit das ober-schlesische Grenzgebiet unsicher machen, konnten trotz angestrengter Tätigkeit der preussischen, russischen und österreichischen Behörden und trotz zahlreicher Verhaftungen noch nicht unschädlich gemacht werden. Über ein neues Verbrechen, das auf das Konto einer der ständig über die Grenzen wechselnden Räuberbanden zu setzen ist, wird folgendes aus Warschau gemeldet: Vier maskierte Männer bestiegen auf freier Chaussee den Wagen zweier Kassenbeamten der Karlslegengrube an, indem sie dem Pferd in die Bügel fielen. Sie bedrohten die Beamten mit Pistolen, raubten ihnen die Löhngelder in Höhe von 98 000 Mark und entkamen auf dem Wagen der Überfallenen.

Explosion in der Badischen Anilinfabrik. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen fand im Naphtholgebäude durch Selbstentzündung eine Explosion statt, infolge deren die beiden verheirateten Arbeiter Karl Richter und Georg Fuchs schwere Brandwunden erlitten. Fuchs ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Giftmord aus Eifersucht. In dem lothringischen Orte Dettingen hat ein 27jähriger Monteur an seiner Geliebten, einem 17jährigen Mädchen, ein schweres Verbrechen begangen. Der Monteur fordernde das Mädchen auf, in eine baldige Heirat einzumilligen. Da das Mädchen ablehnte, schüttete er ihm und einem in demselben Hause wohnenden jungen Mann, auf den er Grund zur Eifersucht zu haben glaubte, Gift in den Kaffee. Das Mädchen ist bereits gestorben, der junge Mann liegt im Sterben.

Papier aus Spargelkraut. Eine wichtige Erfindung hat der Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig, Geheimrat Herr Dr. Reinke gemacht, indem es ihm gelang, aus Spargelkraut eine weiße langfaserige Zellulose zu gewinnen, die zu den verschiedensten Zwecken, wie zu Geweben und zur Papierfabrikation, zu verwenden ist. Nach der „Umschau“ soll das Verfahren sehr einfach sein und ist für die Landwirtschaft von großer Bedeutung. Bisher wurde das Kraut von Morgen bedeckende Spargelkraut wegen der Brut der Spargelkäulinge verbrannt, während es jetzt bedeutenden Gewinn bringen wird.

Den Armen muß alles genommen werden. Die sehr wahrreichen bayerischen Mittelgebirge, wie das Fichtelgebirge und der Bayerwald, bringen auch große Mengen von wildwachsenden essbaren Beeren, vornehmlich Heidelbeeren und Preiselbeeren, hervor. Es ist ein durch die Jahrhunderte geheiligter und zum Recht erhobener Brauch, daß diese Gaben der Natur von jedermann gesammelt werden können; dies ist für die ärmere Bevölkerung von großem Vorteil, die durch das Beerenjammeln eine zwar bescheidene, aber doch sehr willkommene Verdienstegelegenheit findet. Dies trifft besonders auf die Heidelbeeren zu, die alljährlich zur Erntezeit massenhaft in die Heidelbeerenfabriken wandern. Diese Einnahmequelle soll den armen Leuten nunmehr verstopft werden. Wie aus dem

Bayerischen Wald berichtet wird, haben sich dieser Tage in Lam die Privatwaldbesitzer zusammengesunden und beschlossen, das Recht auf den Wald zu befestigen, indem das Beerenpflücken verboten und die betreffenden Waldflächen für die Beerenente verpachtet werden sollen. Man hofft und verlangt, daß auch der Staat für die Staatsforsten diesem Beispiel folgen werde. Die Waldbesitzer versprechen sich von ihrem Schritt eine Abhilfe der Leuten; sie behaupten, daß ihnen durch die Beerenente die Arbeitskräfte entzogen werden, die mit dem Beerenjammeln mehr verdienen, als ihnen die Landwirte zahlen. Also um die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter drücken zu können, muß den Armen der Wald verpachtet werden. Der Staat wird hoffentlich dieses Anstößigen der Privatbesitzer von sich weisen.

Schredensstat eines Geisteskranken. In der spanischen Ortschaft Jurgena legte ein gewisser Francesco Sanchez in einem Anfälle von Wahnsinn furchtbare Mordtaten. Zuerst erschoss er, wie er angab, aus Eifersucht, seine Geliebte Josefa Silva. Dann verlegte er den Pfarrer der Gemeinde durch mehrere Schüsse lebensgefährlich. Darauf flüchtete er in einen Laden, wo er den Inhaber und zwei Angestellte durch mehrere Schüsse niederstreckte. Erst als dem Wahnsinnigen die Munition ausgegangen war, gelang es acht Personen, ihn zu verhaften, nachdem er vorher noch drei Polizisten schwer verletzt hatte.

Fliegertod. Auf dem Fluge von Hendon nach Oxford stürzte ein von dem Marineleutnant Carke gelenkter und mit einem Passagier besetzter Cindeler in Folge eines Motordefektes bei Wembley aus einer Höhe von 50 Metern ab. Leutnant Carke war sofort tot, der Passagier kurze Zeit darauf. — Der Flieger Katschinsky mit einem Passagier stürzte mit seinem Hydroplan bei Sebastopol ins Meer. Der Passagier ertrank, Katschinsky wurde gerettet.

Ein unbekannter Segler in Christianiajörd gescheitert. Sechs Matrosen vor Erschöpfung gestorben. Aus Christiania wird gemeldet: Ein Dreimastjohner von unbekannter Nationalität ist am Donnerstag außerhalb Brevik im Christianiajörd gescheitert. Bei dem herrschenden Unwetter gelang es zunächst nur einem Boot, an den Schoner heranzukommen und einen Mann der Besatzung zu retten. Als bei dem abblauen Wetter gestern früh ein weiteres Boot das gescheiterte Schiff erreichte, waren während der Nacht sechs Mann der Besatzung vor Erschöpfung gestorben.

Patriotische Kriegsspielerei. In Goslar schoß am vorigen Sonnabend ein junger Burische beim Kriegsspielen einem anderen eine Kugel zwischen die Rippen. Der Geschossene liegt an den Folgen krank darnieder und trägt die Kugel noch bei sich. Bezeichnend ist, daß der Täter sowohl wie der Verlegte der patriotischen Jugendwehr angehörten. Dieser Fall ist für die Eltern und Vormünder wiederum eine ernste Mahnung, ihre Kinder vor solcher „Jugendpflege“ zu bewahren.

Der Rautener Messerschneid, der Bäckergehilfe Kesselstroh, legte Sonnabend ein umfangreiches Geständnis ab.

Ein Studentenstreik ist an der Universität Halle a. S. ausgebrochen. Der Grund ist, daß ein großer Teil der russischen und polnischen Studenten, die 32 und 26 Prozent der Hörer ausmachen, weder das Abiturium noch das Bspitium bestanden haben. Die deutschen Kliniker beschwerten sich über diese Ungleichmäßigkeit der Behandlung. Man nimmt an, daß sich dem Vorgehen der Hallenser Studenten in den nächsten Tagen die Mediziner sämtlicher deutschen Universitäten anschließen werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Infolge des vorzeitigen Losgehens einer Mine kamen beim Bau der Desse-Lalperre bei Reichenberg in Böhmen drei Arbeiter ums Leben.

Schiffsunfälle. Der deutsche Ewer „Helene“, von Hamburg nach Anklam unterwegs, ist gestern morgen vor dem Hafen in Swinemünde gestrandet. Der Koch ist ertrunken. Der Schiffe Thede und ein Mann der Besatzung wurden gerettet. — Nach einem Funkentelegramm aus Ostende ist das Leuchtfeuer West hinter gesunken. Zehn an Bord befindliche Personen sind vermutlich ertrunken.

Sächsische Landesbibliothek. Die zweite sächsische Kammer genehmigte am Freitag einstimmig den Antrag des Staatssekretärs mit dem Buchhändler-Börsenverein, der die Gründung einer Deutschen Büchererei bezweckt. Es soll in Leipzig ein großes Gebäude errichtet werden, in dem alle Neuerwerbungen im deutschen Buchhandel mit Ausnahme der Tagespresse gesammelt wird.

Der neue Zentralbahnhof in Neuborf ist gestern, Sonntag, dem Betrieb übergeben worden. Das Bahnhofsterrain umfaßt nicht weniger als 79 Acres mit zehn großen Hallen.

Die Vorhalle allein ist 95 Meter lang, 50 Meter breit, 45 Meter hoch, 8000 Personenzüge werden täglich auf dem Bahnhof abgefertigt, der auch gleichzeitig Ausgangspunkt aller Untergrundbahnen ist. Die Baukosten des Bahnhofs betragen 700 Millionen Dollars.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte am Sonntag die prächtige Märchenoper „Hänsel und Gretel“ von Humperdink wieder zur Aufführung. Das musikalisch-reizvolle Werk entzückte wieder alle Hörer, deren Zahl allerdings viel größer sein konnte. Fr. Jansen war als Gretel voll kindlichen Humors und von ausgelassener Lustigkeit; sie erfreute durch ihr frisches Wesen und ihren ansprechenden Gesang noch mehr wie der gleichfalls recht gut wiedergegebene Hänsel des Fr. Wolter. Bei den Damen Kruse-Liburtius (die Mutter), v. Neudorff (Krusperheze) und Dverhoff (Sand- und Taumännchen), sowie Herrn Barth (Peter) waren die übrigen Partien in tüchtigen Händen. Herr Wjchner hatte die Oper recht hübsch inszeniert. Nur mußte nicht so deutlich sichtbar der Tannenbaum, unter dem Hänsel und Gretel schlafen, in einem Holzkreuz „wachsen“. Auch gab es keine Erklärung dafür, warum die beiden Schläfer nur 14 Englein gesehen hatten, während doch viel mehr davon auf der Bühne erschienen waren. Herr Kapellmeister Dr. Harkem dirigierte die Oper mit Liebe und Umsicht. Das Orchester trug verschiedentlich die Farben etwas zu stark auf. Reicher Beifall lohnte am Schluß aller Mitwirkenden.

Das reizvolle Ballett „Wahntasien im Bremer Ratskeller“, von Frau v. Roost vorzüglich einstudiert und von dem Ballettkorps mit Fr. Limann an der Spitze sowie der Chorchefesthener grazios und lebendig ausgeführt, bildete eine gern gesehene Zugabe zur Oper.

wb. Stadthallen-Theater. Scheiden tut — w o h l! Schwank in 3 Akten von Max Schönau und Artur Lippisch, hat sich das Berliner Gastspiel-Ensemble zu seiner zweiten Darbietung erkoren. Das Ehepaar Andrs und Silbere Kapachol sind beide Rechtsanwälte, die sich in der Berufslebenszeit zu den tollsten Gewagtheiten hinreißen lassen. Namentlich Frau Rechtsanwältin gönnt ihrem Gatten nicht einen Klienten und strebt darnach, berühmt zu werden. So überredet sie ihre Jugendfreundin Lou, die als Gattin des gezeierten und Tag und Nacht für seine Stimme besorgten Tenors Gaston Cannibel viel Ärger und Verdruß durchzumachen hat, sich scheiden zu lassen und ihr die Prozeßvollmacht zu erteilen. Als Scheidungsgrund soll Lou den nervösen Sänger solange reizen, bis er ihr eine Ohrfeige gibt. Es kommt aber umgekehrt. Die temperamentvolle Gattin verabreicht dem Gatten zuerst einen Wadenstreich. Der Tenor beauftragt Herrn Rechtsanwältin Kapachol mit seiner Vertretung und die beiden sollen nun vor der Creme der Gesellschaft (nicht nur Frau Rechtsanwältin, sondern auch der Gerichtspräsident haben sich extra neue Roben anfertigen lassen) gegeneinander plädieren. Sie geraten derart in Feuerzorn, daß auch sie sich scheiden lassen wollen. Daneben ist der Herr Rechtsanwältin eifersüchtig, weil er glaubt, daß der bei seiner Frau praktizierende Referendar Courbois, der seinen weiblichen Chef als Brautweber bei dessen Schwester Susanne gewonnen hat, der Frau Rechtsanwältin mit Erfolg den Hof macht. Das Theater im Gerichtssaal muß schließlich unterbleiben, weil im letzten Moment — nachdem der Gerichtsdiener die Parteien schon aufgerufen hat — wegen „unüberwindlicher Zuneigung“ sich beide Ehepaare wieder einigen, trotzdem sie 5 Minuten vorher noch jeden Vergleich zurückwiesen. Und nun assoziieren sich die Rechtsanwältin Herr und Frau Kapachol. Ein Stück, das manch nährliche Momente hat und ganz amüsant ist. Elita Perma spielte den weiblichen Rechtsanwältin meisterhaft. Guy Föhnsen gab ihren männlichen Kollegen und Gatten, Maxim Grosse den Opernsänger, Gretel Horn, die Debutantin, dessen schöne Frau, Robert Korneß den unjuristischen Referendar Courbois, Theodor Kopta den Bureauvorsteher, der Komiker Alberti (Debut) den Gerichtsdiener, und alle, alle waren als Schauspieler gleich vorzüglich. Da ragt keiner über den anderen hinaus, die sind alle gut. Auch Grete Freeden als Lippmanns Theresie und Lisa Kabe als Köchin bei Cannibel hatten eine Menge guter Momente. Und das ziemlich zahlreich erschienene Publikum unterhielt sich flott, lachte viel und applaudierte fröhlich nach jedem Aktluß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonnabend morgen 7 1/2 Uhr ent-schied nach Scherem, in Gebuld er-tragenen Leiden meine liebe Frau, meine Kinder liebevolle Mutter, unsere gute Tochter, Schwieger-tochter, Schwester und Schwägerin

Mathilde Schwarz
geb. Piel
im 31. Lebensjahre. Dieses zeigen bescheidet an

Karl Schwarz u. Kindern, Hans Piel und Frau, Hermann Piel und Frau, geb. Wulst, Karl Schumann und Frau, geb. Wulst, Aug. Wulst und Frau, geb. Wulst, Andreas Schwarz und Frau, Wilhelm Schwarz und Frau, geb. Meyer, Frau Freitag, Helmi Freitag.

Lübeck, 14. Dezember 1912.

Die Trauerfeier findet am Dien-stag, dem 17. d. M., 11 1/2 Uhr, in der Kapelle Margaretenstr. 6023

Malerlehrling
unter günstigen Bedingungen zu über-nehmen. (5969)

Aug. Filsch, bei St. Johannis 22.

Ein Gartenhäuschen zu kaufen ge-liebt. (6024)
Offerten mit Angabe des Preises und der Maße an L. L. an die Exp.

Haus mit 3 Abteilungen a zwei Zimmern vor dem Bahnhofsplatz sehr billig zu verkaufen, auch möbliert ganz geeignet in Pension. (6011) Billig. Hans J. Steinhilber Weg 24.

zu verkaufen, das Handwerkerhaus, im 22. d. M. (6012)

Reichenstraße 5 L.

2 größere Puppenwiegen zu verkaufen. (6020) Düvelstraße 21. L.

Sofa u. Tisch zu verkaufen. (6020) Radenstraße Nr. 49.

Verloren
ein schwarzes Lederportefeuille mit über 100 M. Inhalt. Abzugeben gegen hohe Belohnung Mohlkplatz 1.

Hasenfelle
Kamin, Fuchs, Warden, Stils usw.

Pferdehaare
Nähren, Nähnähweißhaare
sind zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wilmstr. 22a.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-amts vom 11. Juli 1910
bezüglich Festhalten von Nah-rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 M. je-r Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lab. Volkst.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Auf Beschluß der General-Versammlung vom 13. Dezember 1912 erhalten die Mitglieder 1 Prozent Rückvergütung und außerdem laut Statut 3 Prozent Rabatt, zusammen also

4 Prozent Rückvergütung
für im Geschäftsjahr 1911/12 entnommene Waren. Die Auszahlung dieser Rückvergütung, wie der ebenfalls 4 Prozent betragenden Zinsen für die Geschäftsguthaben erfolgt am

Dienstag, dem 17., Mittwoch, dem 18. u. Donnerstag, dem 19. Dezember 1912
während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

An Kinder wird nicht ausbezahlt.

Der Vorstand.

Sargmagazin. H. Horenburg, Paulstr. 16.
Billige Preise. (6027)
Übernahme ganzer Beerdigungen. Einkleidung aller Art.

Puppen-Sportwagen, Kasperle-Theater, Kindertisch u. Bettzeug zu verkaufen. (6028) Wickenstraße 43, II.

2 Puppen-Himmelwiegen, große Puppenstube, Roman „Die weiße Dame“, zu verkaufen. (6018) Josephinenstraße 24.

Ein sehr guter Kinderwagen mit Beddigröh, billig zu verkaufen (6031) Geversstraße 44.

Fahrrad billig zu verkaufen. (6013) Watenhagenmuer 72

Uhren, Gold- u. Silberwaren
in reichhaltigst. Auswahl erhalten Sie gut u. billig bei
Adolf Hüner,
Uhrmacher und Goldarbeiter
13 Fünfhausen 13. (6014)
Gebe 4 Proz. bar od. Rabattmarken.

Zigaretten
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGELSTEIN
Königsstrasse 85
In: W. Piquardt. (599)

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter!
kostet Pfd. 1.50 M. (6029)